

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 159 · 14. JAHRGANG · AUSGABE 4/2008 · VOM 4. APRIL 2008 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Beiträge und Splittgebühren erst nach der Wahl?**
Wasser/Abwasser-Altanschlüsse

8 | **Abfallwirtschaft im Barnim**
Ein historischer Überblick

12 | **Mein Jahr Achtundsechzig**
Erinnerung an dramatische Zeiten (1)

Trick siebzehn A:

Der Europa-Vertrag von Lissabon

Wir haben April. Es ist üblich, Ahnungslose in diesen zu schicken. Der Bundestag wird im April den Europa-Vertrag ratifizieren (sollen). Die Ahnungslosen sind in diesem Fall die Bundesbürger. Was uns übergeholfen werden soll, ist nämlich die alte »Verfassung für Europa«, lediglich unter neuem Namen.

Nein, das ist nicht ganz korrekt: der Namenwechsel signalisiert nämlich, daß es über diesen Vertrag mit Verfassungscharakter keine Volksabstimmungen geben soll, denn Verträge sind üblicherweise Sache der Regierungen, der Präsidenten, der Parlamente. Jedenfalls nicht die der Völker, die sie ausbaden müssen. Wir erinnern uns, die EU-Verfassung war trotz medialem Trommelfeuer 2005 an zwei Referenden gescheitert. Trick siebzehn hatte nicht funktioniert. Nun gehen die herrschenden Neoliberalen auf Nummer sicher.

Damit niemand auf die Idee kommt, es handle sich doch um eine Verfassung, wird auf diesen Begriff, auf Hymne, Flagge und die Einführung europäischer Gesetze verzichtet. Die Grundrechte-Charta ist aus gleichem Grund nicht mehr Bestandteil des Vertrages und der Außenminister heißt »Hoher Vertreter«. Aber inhaltlich hat sich nichts Wesentliches geändert. Vor allem bleiben alle Pferdefüße des Verfassungsentwurfes. Diese sind:

Militarisierung der EU-Politik. Art. 28a (Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik) verlangt, »eine auf zivile und militärische Mittel gestützte Operationsfähigkeit« auch bei »Missionen außerhalb der Union« zu sichern. Dazu wird ein Zwang zur Rüstung festgeschrieben: »Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern.« Eine gemeinsame »Europäische Verteidigungsagentur« schlägt die entsprechenden Maßnahmen vor, die der EU-Rat beschließt. Art. 28b nennt bezüglich der »Missionen« ausdrücklich Kampfeinsätze »einschließlich Frieden schaffender Maßnahmen.« Deren Finanzierung kann durch einen »Anschubfonds« aus Mitgliedsbeiträgen erfolgen, wobei das EU-Parlament lediglich »angehört« wird (Art. 28). Ein Zusatzprotokoll verpflichtet, zwecks rascher Bereitstellung von Streitkräften »ihre nationalen Beschlußfassungsverfahren« zu »überprüfen«. Die militärische Zusammenarbeit erfolgt »im Einklang« mit der NATO (Art. 28a Ziff. 7). Damit wird der Neutralitätsstatus solcher EU Mitglieder wie Finnland, Österreich und Schweden unterlaufen.

Einmischung in Drittstaaten. »In ihren Beziehungen zur übrigen Welt schützt und fördert die Union ihre Werte und Interessen« (Art. 2 bzw. 3), also z.B. ihre neoliberalen Wirtschaftsgrundsätze.

Neoliberale Wirtschaftsordnung. Im Gegensatz zum Grundgesetz verpflichtet Art. 97b bzw. 98 auf den »Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft (= Kapitalismus) mit freiem Wettbewerb«, also nicht einmal auf »soziale Marktwirtschaft«. Jede Änderung dieser Ordnung ist vertraglich verboten. Ein Zusatzprotokoll legt fest, daß (nur) »nichtwirtschaftliche Dienste von allgemeinem Interesse« in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten bleiben. Die anderen Dienstleistungen werden von der EU in neoliberalen Sinne »geregelt«, d.h. möglichst privatisiert. Soziale Menschenrechte sind nicht vorgesehen (Art. 2); sie könnten ja der Wirtschaftsordnung entgegenstehen.

Demokratiedefizit. Das EU-Parlament wird in vielen wesentlichen Fragen nur unterrichtet bzw. »angehört.« Es erhält keine Gesetzesinitiative; darüber verfügt nur der EU-Rat (also die Regierungen, Art. 9d). Volksinitiativen sind zwar zulässig (Quorum: 1 Million EU-Bürger), doch kann nur die EU-Kommission Vorschläge zu ihrer Umsetzung unterbreiten. Inhaltlich müssen sie im Rahmen des EU-Vertrages bleiben (Art. 8b). Eine Revision des Vertrags ist beinahe unmöglich, da sämtliche Mitgliedstaaten zustimmen müßten.

Eine Ratifizierung dieses Vertrages durch den Bundestag kommt einer irreversiblen Revision des Grundgesetzes gleich. Dafür haben die Bundestagsabgeordneten zwar kein Mandat ihrer Wähler, aber eine erforderliche Mehrheit wird zustimmen.

Nur sage hinterher keiner, er habe es nicht gewußt.

ROLF RICHTER (Bündnis für den Frieden Eberswalde)

Hartz IV – Proteste reißen nicht ab



Potsdam (at). Vor dreieinhalb Jahren begann die Protestbewegung der Montagsdemos gegen die Agenda 2010 und die Hartz IV-Gesetze. Und noch immer gibt es Widerstand. Am 29. März demonstrieren die im Bündnis »Soziale Bewegung Land Brandenburg« (SBB) vereinten Initiativen zusammen mit der »Potsdamer Friedenskoordination« in Potsdam unter der Losung: »Gemeinsam gegen Sozialraub und Kriegspolitik«. Etwa 4000 Menschen nahmen an der Demonstration und den Kundgebungen teil. Sie kamen aus 12 Orten Brandenburgs, in denen noch Sozialinitiativen tätig sind, aus der Stadt Potsdam und aus Berlin. Prominente Redner waren Tobias Pflüger, Mitglied des Europaparlamentes und Dagmar Enkelmann, Mitglied des Bundestages. Auch aus mehreren Mitgliedsstädten des Bündnisses sprachen Vertreter zu den Demonstranten, darunter Birgit Köhr, die für das Bürgermeisteramt in Angermünde kandidiert. Redner und Demonstranten waren sich darin einig, daß Hartz IV weg muß und die Besatzer aus dem Irak und aus Afghanistan abziehen müssen. Kriege sind untaugliche Mittel zur Problemlösung, verschlingen aber das Geld, das für eine soziale Gesellschaft nötig ist.

Ralf der Landrat

Nicht jedermann hat eine Bundeskanzlerin zum Schulfreund. Ein Landrat muß reichen.

Ralf ist Landrat im ehemaligen Großherzogtum Sachsen-Meinigen, jetzt Landkreis Schmalkalden-Meinigen oder kurz SM. In dieser schönen Gegend, zwischen den Bergen der Rhön und des Thüringer Waldes möchte mancher Urlaub machen und Ralf ist auch ganz nett. So ein Kartenspielertyp und kein Streithammel. Früher, nach der Schule hat er intensiv den Schmalkalder Huller geübt. Das ist nichts für Weicheier und Transusen. Beim Huller muß man seine Chancen nutzen. Man spielt nämlich 66 ohne Luschen, mit Melden, Ansagen und Schließen. Das kann ja heute gar keiner mehr.

Seit siebzehn Jahren macht der Ralf den Landrat, erst im Landkreis Schmalkalden und jetzt im Großkreis SM. Er hat noch seine erste Frau, wohnt auf dem Dorf im Einfamilienhaus der Eltern und geht auf die Rentnergeburtstage. Nach dem Fall der Mauer fielen auch die Ratsvorsitzenden und Kreisleiter in Ungnade. Ralf war schon in der richtigen Partei, nutze seine Chancen wie beim Huller und ehe er sich versah, war er Landrat.

Was hätte er auch machen sollen? Wie bisher die frechen Kinder fremder Leute unterrichten oder eine Firma gründen? Landrat schien ihm angenehmer. Und außerdem hatte er auch die Visionen von den blühenden Landschaften, der Freiheit, dem Zusammenwachsen und auch vom Aufschwung.

Ralf ist als Landrat richtig gut. So hat er den Wessi im größeren Landkreis Meinigen vergrault und ein schönes Krankenhaus gebaut. Das Meiniger Theater ist immer noch weltberühmt und jetzt gibt es sogar eine Autobahn nach Erfurt und bald die Eisenbahn von Berlin über München nach Bagdad. Die Verwaltung hat er im Griff und die Bürokraten kuscheln, wenn er kommt. Da läßt er nichts anbrennen. Das Gehalt kommt regelmäßig und eine schöne Pension ist ihm sicher. Alles gelingt ihm und es läuft gut im SM-Kreis. Vielleicht baut er noch ein Landratsamt und nennt es nach dem Rhön-Paulus.

Aber Ralf ist nicht zufrieden. Langsam gehen ihm die Ziele verloren. Minister kann er nicht werden, dafür fehlen ihm die Lobby in Erfurt, die Ellenbogen und die Lust. Denn er ist wirklich nett. In Pension kann er auch nicht gehen, dafür ist er noch zu jung. Als Chef vom Krankenhaus mußte er auf seine Pension verzichten. Die Bauunion würde ihn schon nehmen, aber dort mußte er wirklich hart arbeiten. Und nur so dumm rum stehen und die Frau ärgern, das will er auch nicht. Nicht einmal die Opposition findet einen Grund zur Abwahl.

So muß er den Landrat machen bis er alt und grau ist. Er tut mir richtig leid, der Ralf. Vielleicht kann ihm einer der Leser helfen?

Dr. agr. MANFRED PFAFF, Altenhof

Bürgermeisterwahl in Angermünde:

»Die Frau hat aber Mut«

Angermünde (bk/bbp). Am 6. April entscheiden die Bürgerinnen und Bürger in Angermünde (Uckermark) über ihren neuen Bürgermeister. Amtsinhaber Wolfgang Krakow von der SPD regiert die Stadt seit acht Jahren. Er möchte weiter amtieren. Doch ihm bläst der Gegenwind ins Gesicht. Mit soviel Gegenwehr durch die parteilose Kandidatin Birgit Kühn von der »Bürgergemeinschaft gegen Sozialabbau e.V.« hatte er nicht gerechnet. Die Bürgergemeinschaft und Birgit Kühn sind seit Wochen mit Flugblattaktionen in Briefkästen und an Supermärkten aktiv. In Angermünde und den 23 Ortsteilen sind ihre Wahlplakate zu sehen. An zahlreichen Infoständen hatten die Bürgerinnen und Bürger die Gelegenheit, die Alternativkandidatin kennenzulernen.

Von der SPD bemerkte man bis Ende März nicht viel. Aber dann überschlugen sich die Ereignisse. Am 26. März gab es das erste Podiumsgespräch mit dem Uckermark-Fernsehsender TVAL. Jeder Kandidat erhielt die gleichen Fragen. Schon bei diesem Duell wurden die Gegensätze zwischen beiden deutlich sichtbar.

Der SPD-Kandidat sprach sich eindeutig für einen Verkauf der städtischen Bau- und Wohnungsgesellschaft aus. Eine Bürgerinitiative gegen die Privatisierung kämpft seit Monaten dagegen. Nachdem ein erstes Bürgerbegehren an Formfehlern scheiterte, strebt die Initiative nun ein zweites Bürgerbegehren gegen die Privatisierung an. Birgit Kühn wendet sich eindeutig gegen die Privatisierung der Bau- und Wohnungsgesellschaft. »Aus dem Internet erfuhr ich«, sagte sie, »daß der potentielle Käufer schon viele Wohnkomplexe ins Ausland weiter verkauft hat.« Die Mieter in den betroffenen 1.100 Angermünder Wohnungen hatte das sehr empört. Denn niemand klärte sie auf und die Vorbereitung zum Wohnungsverkauf gingen klammheimlich über die Bühne. Birgit Kühn vertritt grundsätzlich die Meinung, »daß kommunales Eigentum nicht verkauft werden sollte. Eine Kommune hat mit ihrem Eigentum Mittel in der Hand, Geld für die Gestaltung ihrer Politik zu erwirtschaften. Diese Mittel werde ich keinesfalls wegen kurzfristiger Interessen aus der Hand geben.«

Am gleichen Tag gab es auf Einladung der Altersheimbewohner ein zweites Duell bei der Angermünder AWO. Neben dem Privatisierungsthema wurden hier viele Sorgen der Älteren angesprochen. Am 27. März erhielten Birgit Kühn und ihre Vereinskollegen Besuch von einem Journalisten des Deutschlandfunks. Bei dem Interview ging es natürlich um die Bürgermeisterwahl. Da die Kandidatin aber auch mit den bundesweiten sozialen Bewegungen zusammenarbeitet, kamen auch viele andere Themen zur Sprache wie z. B. die hohe Arbeitslosenzahl in der Uckermark.

Ebenfalls am 27. März fand auf Einladung des Budnes der Ruhestandsbeamten, Rentner

und Hinterbliebenen das dritte und größte Podiumsgespräch statt. Moderiert wurde das Duell von einem MOZ-Mitarbeiter. Die Stühle reichten nicht, obwohl aus dem ganzen Haus Stühle herbeigeschafft wurde. Die Bürger standen in den Nischen und im Eingangsbereich. Die Ruhestandsbeamten saßen eng zusammen.

Nach den Erfahrungen der ersten Podiumsdiskussionen hatte die SPD mobil gemacht. Der Saal ähnelte einer SPD-Versammlung. Von den etwa 150 Teilnehmern, so schien es, war die Mehrzahl von dieser Partei heranorganisiert worden. Die Angermünder Stadtverordneten der SPD fanden keinen Sitzplatz mehr, auch die SPD-Kreistagsabgeordneten mußten im Eingangsbereich stehen bleiben.

Einige waren auf Konfrontation aus. »Wie werden Sie Ihre Interessen durchsetzen«, wurde Birgit Kühn z.B. gefragt, »wenn alle Stadtabgeordneten dagegen sind?« Ein anderer: »Werden Sie überhaupt das Amt antreten, wenn Sie gewinnen sollten?«

Es folgten Fragen zur Windenergie, Vereine wollten konkrete Aussagen haben. Eine ehemalige Angestellte der Stadtverwaltung wollte von der unabhängigen Kandidatin wissen, was sie mit dem Rathaus machen werde. Aber auch die Jugend meldete sich zu Wort. Eine junge Frau fragte beide Kandidaten, in welcher Weise die Jugend ein besseres Freizeitangebot erhält und wie es mit Arbeit aussieht. Der amtierende Bürgermeister reagierte ziemlich erbost. Arbeit gebe es vielleicht in fünf Jahren, sagte er. Auf das Thema Freizeitangebote ging er gar nicht erst ein. Birgit Kühn gab zu, daß sie im Moment auch noch keine Lösung weiß, wie Jugendliche in Angermünde eine Arbeitsstelle erhalten können. In Bezug auf Freizeitangebote schlug sie der jungen Frau vor, daß sie möglichst viele Jugendliche mobilisieren soll. »Wir setzen uns dann gemeinsam an einen Tisch und reden über eure Ideen und Vorstellungen. Ihr Jugendlichen habt bestimmt ganz andere Interessen, als ich mit meinen 47 Jahren.« Den Vorschlag fand die junge Frau gut.

Beim Thema Privatisierung schließlich eskalierte das Streitgespräch. Der noch amtierende Bürgermeister hatte sich nicht mehr unter Kontrolle. Der Moderator mußte ihm das Mikrofon entreißen. Nun meldete sich auch noch die Bürgerinitiative gegen die Privatisierung zu Wort. Und der Bürgermeister wurde immer wütender. Ein Mitglied der »Bürgergemeinschaft gegen Sozialabbau« stellte schließlich die Frage, ob Wolfgang Krakow wisse, daß der vorgesehener Käufer schon viele Wohnbauten ins Ausland weiterverkauft hat? Herr Krakow antwortete ganz barsch: »Diese Frage habe ich gestern schon beantwortet.«

Die Veranstaltung dauerte 1½ Stunde. Beim Hinausgehen war mehrfach zu hören: »Die Frau hat aber Mut.«

Altanschlüsse in der Wasserver- und Abwasserentsorgung:

Beiträge und Splittgebühren erst nach der Wahl?

Die Gewaltenteilung ist ein Grundprinzip des bürgerlichen Rechtsstaates. Im Grundgesetz der BRD heißt es im Artikel 20 dementprechend: »Die Staatsgewalt ... wird ... durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.« Doch die Realität in der BRD wie auch im Land Brandenburg ist weit davon entfernt. Formal werden Gesetze von den Parlamenten in Bund und Land beschlossen. In der Realität aber haben längst die Gerichte legislative Funktionen an sich gerissen.

Eines der jüngeren Beispiele spielt auf dem Gebiet der Wasserver- und Abwasserentsorgung. Am 12. Dezember 2007 entschied das Oberverwaltungsgericht (OVG) Berlin-Brandenburg, daß ein Anschlußbeitrag auch für Grundstücke erhoben werden muß, die vor Inkrafttreten des Kommunalabgabengesetzes (KAG) 1991 an die öffentliche Wasserver- und Abwasserentsorgung angeschlossen waren, wenn Beiträge für spätere Anschlüsse erhoben werden. Argumentiert wird damit, daß die Altanschlößer sonst ohne eigenen Beitrag die Anlagen nutzen, welche die Allgemeinheit bezahlt hat. Eine Verjährung hat das OVG somit ausgeschlossen. Die Auswirkungen dieser Verpflichtung sind derzeit noch nicht absehbar. Der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen zum Beispiel sieht schon viele seiner Mitgliedsunternehmen am Rand des Ruins, wenn diese mit den Beitragsnachzahlungen konfrontiert werden. Bescheiden Wasserverbände die alten Anlagen nicht, so müssen sie nach diesem Urteil gesplittete Gebühren in ihrem Verbandsgebiet erheben.

Daß die Gerichte legislative Funktionen wahrnehmen hat indes sehr viel damit zu tun, daß bei der Gesetzgebung bewußt viele Dinge offengehalten werden, die letztlich nur auf dem Gerichtsweg geklärt werden können. Die poli-

tisch Verantwortlichen umgehen auf diese Weise ihre Verantwortung. Entscheiden dann die Gerichte, waschen sie ihre Hände in Unschuld und tun populistisch ihre Empörung kund. Wenn nun die SPD-Landtagsfraktion das Innenministerium »zum Handeln« auffordert, weil den Bürgern doch keine Nachteile entstehen dürfen (*Märkische Allgemeine Zeitung*, 12.3.2008), darf das wohl als pure Heuchelei gewertet werden. Schließlich war es die gleiche SPD, die gemeinsam mit der CDU jenes Gesetz im Landtag beschlossen hat, nach dem jetzt das OVG entschieden hat. Es darf als sicher gelten, daß sowohl die verantwortlichen Politiker und die Fachbehörden im Land als auch die Verantwortlichen in den Kreisen sich sehr wohl über die nun eingetretenen Folgen im Klaren waren. Es zeugt von hohem Vertrauen in die Naivität ihres Publikums, wenn sie das Gegenteil behaupten.

Auch im Landkreis Barnim sind die meisten Zweckverbände von diesem OVG-Urteil betroffen. Ausnahme ist der Zweckverband für Wasserver- und Abwasserentsorgung (ZWA) Eberswalde. Hier war 2005 nach jahrelangem Rechtsstreit beschlossen worden keine Anschlußbeiträge zu erheben. Zum Problem wurde allerdings die Weigerung des Landrates, als Kommunalaufsicht die Genehmigung zu der beabsichtigten Kreditaufnahme zu verweigern,

mittels der ermöglicht werden sollte, die in der Vergangenheit bereits bezahlten Beiträge zurückzuerstatten. Die daraufhin festgelegte Gebührensplittung wurde wiederum unverzüglich mit Erfolg beklagt. Erst mit dem Vergleich zwischen ZWA und BKB im vorigen Jahr wurde das Problem gelöst, nachdem ein zweiter Versuch, die Rückzahlung per Kreditaufnahme zu gewährleisten, vom Landrat wiederum torpediert worden war. Nach der nunmehr praktizierten Billigkeitslösung wird ein Teil der Gebühren solange erlassen, bis die Beiträge faktisch zurückgezahlt sind. Bei den meisten Betroffenen wird dies nach etwa 15 Jahren der Fall sein. Diese Billigkeitslösung hatte das OVG unter Verweis auf ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes ins Spiel gebracht. Da auch hier Widersprüche erfolgten, wird den Gerichten die Beschäftigung nicht ausgehen.

In anderen Zweckverbänden im Kreis Barnim werden derzeit Beiträge erhoben, ohne daß entsprechend dem OVG-Urteil gesplittete Gebühren gelten und ohne daß Anstalten gemacht werden, die Altanschlößteilnehmer heranzuziehen. Die kreisliche Kommunalaufsicht, die beim ZWA Eberswalde die kleinste Bewegung argwöhnisch verfolgt, hält sich hier erstaunlich bedeckt. Der Landrat zeigt hier kein Interesse, ins Wespennest zu piken. Er sitzt das Problem in gewohnter Manier aus, womit er sich kaum von seinen Kollegen in anderen Kreisen unterscheidet. Zumindest wird das Thema vor der Kommunalwahl im September kaum einer anfassen.

Letzteres bedeutet im Umkehrschluß, daß im Gebiet dieser Zweckverbände sich die Bürgerinnen und Bürger mit Altanschlüssen schon heute darauf gefaßt machen können, daß nach den Kommunalwahlen das große Abkassieren beginnt.

GERD MARKMANN

Offene Problemdiskussion
»Hat Brandenburg wirklich genug Wasser?«
 24. April 2008, 18 Uhr, FH Eberswalde (Mensa)
 Die nicht ganz unpolitische Veranstaltung um das heiße Thema zum kühlen Naß erfolgt anlässlich des Weltwassertages 2008 und in Umsetzung des Symposiums »Klimawandel: Reichen gute Ideen?«, das am 10.04.2008 in der FH Eberswalde unter der Ägide des Bürgermeisters der Stadt Eberswalde und des Präsidenten der Fachhochschule Eberswalde stattfindet. Moderation: F. Hornschuch (FH) und J. Madeja (FW); Organisation: Helmut Braunschweig.
 Aktionsbündnis »Wasser in Bürgerhand«

Übersicht Bewirtschaftung Tierpark

Jahr	Besucher	Einnahmen			Personalstellen	Ausgaben					städt. Zuschuß	
		Eintritt	sonst. Einn.	gesamt		Pers.kost.	Futter	Heiz./Energ.	sonst. Kost.	gesamt	Plan	Ist
1995	207.046	308.518,22	149.705,56	458.223,78	27,76	712.457,33	58.194,58	70.608,89	236.273,10	1.077.533,90	604.960,55	619.310,12
1996	201.269	291.732,92	63.851,30	355.584,22	27,76	746.557,19	71.378,98	83.880,30	203.764,73	1.105.581,20	593.251,97	749.996,98
1997	207.755	302.238,95	95.793,21	398.032,16	27,88	773.109,57	61.318,19	83.690,14	207.072,81	1.125.190,71	699.089,39	727.158,55
1998	242.371	357.068,87	168.711,44	525.780,31	28,03	837.185,48	69.637,48	143.879,24	319.878,63	1.370.580,83	817.862,49	844.800,52
1999	274.431	660.557,41	148.064,85	808.622,26	28,38	872.717,40	71.511,39	123.430,87	306.246,01	1.373.905,67	619.634,63	565.283,41
2000	295.547	817.280,95	229.190,66	1.046.471,61	32,88	1.075.407,42	70.878,62	125.124,14	339.751,51	1.611.161,69	679.967,07	564.690,08
2001	217.368	581.958,40	200.764,38	782.722,78	34,12	1.123.317,88	81.067,36	141.458,28	335.207,82	1.681.051,34	633.950,80	898.328,56
2002	243.887	797.983,78	185.117,90	983.101,68	33,12	1.190.163,39	75.438,87	152.867,63	367.925,30	1.786.395,19	501.000,00	803.293,51
2003	264.132	799.567,70	236.251,79	1.035.819,49	33,12	1.225.316,16	70.058,97	156.391,48	376.972,24	1.828.738,85	561.800,00	792.919,36
2004	260.072	756.696,30	140.091,24	896.787,54	32,13	1.230.942,39	80.164,10	154.934,10	358.805,29	1.824.845,88	687.200,00	928.058,34
2005	268.404	868.057,50	163.180,36	1.031.237,86	30,53	1.159.931,58	76.383,25	159.059,00	314.671,37	1.710.045,20	662.400,00	678.807,34
2006	254.651	904.953,15	119.130,30	1.024.083,45	31,48	1.228.021,70	72.454,66	174.524,45	306.466,65	1.781.467,46	849.300,00	757.384,01
2007	258.498	942.508,25	136.383,51	1.078.891,76		1.227.211,62	84.587,41	173.144,06	358.351,26	1.843.294,35	871.100,00	764.403,09

Ende 2007 hatte der Tierpark 24 Voll- und 13 Teilzeitbeschäftigte (1 MA der Zooschule wurde versetzt). Zahl der Personalstellen zum Stichtag 30.6. Zu berücksichtigen ist, daß ab dem Jahr 2000 die Märchenvilla in den Tierpark integriert wurde. 1999 hatte die Märchenvilla 5,2 Stellen, die Personalkosten in Höhe von 207.000 Euro verursachten. Der städtische Zuschuß betrug 1999 für die Märchenvilla 183.741,62 Euro.

Quelle: Stadtverwaltung

Linden wurden gefällt

»Es gibt nichts Friedlicheres und nichts der Zukunft Zugewandteres, als Bäume zu pflanzen«. Dieser Ausspruch wurde vor kurzem von Ministerpräsident Platzeck in Israel getätigt. Wie sieht's jedoch in unserer grünen Waldstadt aus? Einen positiven Bericht gab es in einer der letzten StVV über unseren Stadtwald. Doch leider gibt es auch negative Beispiele, wie mehr als sorglos und unbedacht mit Bäumen im Stadtgebiet umgegangen wird.

Da wurden vor einem Jahr von der städtischen WHG im Kreuzungsbereich Schönholzer/Weineckstrasse drei Linden und ein Ahornbaum gefällt, ohne vorher beim Landkreis die Fällung zu beantragen. Wie sich jetzt herausstellt, ist der wahre Grund für die Fällung die Schaffung einer Werbefläche.

Im Stadtgebiet Finow wurden in diesem Frühjahr straßenweise Bäume massakriert, denn von fachgerechter Baumpflege kann hier nicht die Rede sein! Trotz mehrfacher Einsprüche wurde die Aktion voll durchgezogen. Begründung: Verkehrssicherungspflicht. Das Verbot aus der Baumschutzordnung des Landes Brandenburg, »Bäume in ihrem Aufbau wesentlich zu verändern«, spielte dabei keine Rolle. Es wurde einfach nur brachial gesägt.

Wir reden über schädlichen Feinstaub – Bäume binden beträchtliche Mengen davon. Wir reden über Lärm – Bäume dämmen den Lärm. Wir reden über schädliche CO₂-Emission – Bäume assimilieren CO₂ und produzieren zusätzlich Sauerstoff. Bäume sind Lebensraum für Vögel und anderes Getier, wie z.B. Bienen.

Lassen wir also unsere wertvollsten Lebenspartner, die Bäume, nicht zu einer wertlosen Sache verkommen, die man ungestraft beseitigen oder nachhaltig schädigen kann, wenn sie aus irgend einem Grund stören sollten.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates der WHG fordere ich hiermit eindringlich auf, sich dafür einzusetzen, daß an der Stelle der gefällten Bäume wieder neue gepflanzt werden.

Zum geplanten Ausbau des Kupferhammer Weges folgende Frage: Mir ist nicht bewusst, daß dieses Projekt im Rahmen eines Bürgerhaushalts diskutiert wurde, warum nicht? Ich vertrete die Auffassung, daß der jetzige Zustand mit einigen Ausbesserungen für eine gelegentliche Auslastung ausreichend ist.

BERND POMRAENKE,
(Einwohnerfrage in StVV am 13.3.)

Linden bleiben (vorerst)

Eberswalde (bbp). In Rücksprache mit der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Barnim hat die Stadtverwaltung entschieden, die Fällung der Bäume am Kupferhammerweg solange zurückzustellen, bis durch die Stadtverordneten der Baubeschluß gefaßt wird. Wie Christin Zierach vom Bauamt der Stadt versicherte, werden im Falle des Straßenausbaus durch die Stadt und die zuständigen Fachämter die Artenschutzbelange gesondert geprüft.

Ich will eine Eiche sein

Eine lyrische Lebensbeschreibung von Kurt Kretschmann

- Kurt und Erna Kretschmann sind als Pioniere und Vorbilder des praktischen Naturschutzes weithin bekannt. Hauptsächlich durch ihre herausragenden Lebensetappen:
- Einrichtung und Lehrtätigkeit an der weltweit ersten Lehrstätte für Naturschützer an der Müritz (1954-1959),
- Ausbau und Betreuung des 1,7 ha großen Pflanzenparadieses »Haus der Naturpflege« in Bad Freienwalde (1960-1982),
- Gründung des europaweit bekannten Arbeitskreises Weißstorch (ab 1978),
- Anlage und experimentelle Bewirtschaftung des Total-Mulch-Gartens an ihrem Wohnhaus in Bad Freienwalde (1990 - 2004).



Den Nestoren des Naturschutzes Kurt und Erna Kretschmann wurden viele Ehrungen zuteil. Hier die Verleihung der Baumpatenschaft 1999 für einen 170-jährige Stieleiche. Links: Prof. Dr. Michael Succow.

Darüber hinaus verdient ihr weiteres Wirken für Mensch, Natur und Gesellschaft Aufmerksamkeit. So die Wanderausstellungen in den 40er und 50er Jahren, die Gestaltung von Dorfängern im Oderbruch, Windschutzpflanzungen, Alleenschutz, Anlage von Lehrpfaden, die vegetarische Lebensweise u.v.m.

Kommt man mit Bürgern über Kurt Kretschmann ins Gespräch, so wird an erster Stelle sein Naturschutzsymbol genannt. Die gelbe Tafel mit der schwarzen Waldohreule. In der DDR 1952 öffentlich kreiert, seit 1995 auch in den alten Bundesländern verbindlich. Kurt ist deshalb originär als Eulenvater bekannt. Der Beinamen Storchenvater ist ebenfalls üblich. Jüngere Naturfreunde bezeichnen ihn auch als Naturschutzlegende bzw. Mulchgartenpapst. Doch der Lebensinhalt von Kurt Kretschmann umfaßt weit mehr. Den bekennenden Pazifisten und Kriegsgegner. Schon 1933 weigerte er sich als Zuschneider Uniformen für die Nazis zu fertigen und verlor so seine Arbeit. In der Zeitspanne des »Tausenjährigen Reiches« hat er vieles durchstehen müssen, weil er sich gegen diese Gesellschaft generell zur Wehr setzte. Darüber berichtete er u.a. in den Büchern »Und da Leben Sie noch? – Erinnerungen«, Ber-

lin (1999). »Lüge und Wahrheit – Kriegserlebnisse eines deutschen Soldaten«, Berlin (2003).

Und: Seit seiner Jugendzeit schrieb Kurt Kretschmann Gedichte. Mehr als 300 hat er verfaßt. Seinen Aufenthalt im Bethesda Pflegeheim Bad Freienwalde vom August 2004 bis Ende Januar 2007 nutzte er, um weitere Gedichte zu »schmieden«. Manche als Rückschau auf lange zurückliegende Erlebnisse, andere über Personen seines Freundeskreises oder zu den politischen Ereignissen unserer Tage, welche er rege und interessiert verfolgte. Mit der Weisheit seiner langen Lebenserfahrung setzte er sich mit derzeitigen Verhältnissen ungeschminkt auseinander. In der Hoffnung an das Gute in Menschen. Daß sich Vernunft und gesunder Menschenverstand gegenüber der verhängnisvollen Gier nach Geld und Macht behaupten können.

Wegen seiner fortgeschrittenen Erblindung schrieb Kretschmann die Verse mit großen Buchstaben auf zahlreichen Blättern nieder. Sein Freund Uli Ammer schrieb sie dann in den Computer. Dabei entstanden in zeitlicher Reihenfolge insgesamt fünf Mappen. Sie enthalten jeweils rund 30 Gedichte, wurden mehrfach vervielfältigt und im engen Freundeskreis von Kurt verbreitet.

Im März erschien nun beim Findling Verlag, Musesdorf Kunersdorf, als Neuerscheinung der Gedichtband »Ich will eine Eiche sein - Eine lyrische Lebensbeschreibung«. Aus dem reichen Bestand sind mit Sorgfalt 87 Gedichte ausgewählt worden. Die 6 Themen: *Jugend und Wandeljahre, Liebe und Erna, Vegetarismus, Gelobter Pazifismus, Natur und Naturschutz* und *Zum Garten* geben einen reichen Einblick in diesen Schaffenszweig und werden dem Untertitel »Eine lyrische Lebensbeschreibung« vollauf gerecht. Prof. Dr. Michael Succow schrieb ein einfühlsames Vorwort. Er hatte sich seit verganginem Jahr bei der NABU-Bundesgeschäftsstelle in Berlin um Unterstützung dieses Vorhabens bemüht. Die Grafiken zu den 6 Abschnitten stammen vom Bildhauer Horst Engelhard aus Eichwerder.

Der Findling Verlag hatte bereits 1999 den anspruchsvollen Text-Bildband »Ein Leben in Harmonie – Kurt und Erna Kretschmann für den Schutz und die Bewahrung der Natur« herausgebracht. Seit Jahren ist dieser Titel vergriffen. Eine aktualisierte Neuauflage dürfte zahlreiche Interessenten finden.

RUDOLF BEHM

Ich will eine Eiche sein. Eine lyrische Lebensbeschreibung. Kurt Kretschmann. 140 Seiten. 12 Euro. Findling, Buch- und Zeitschriftenverlag, Kunersdorf. ISBN 978-3-933603-42-5.

Auto- oder Wohnstraße?

Zum geplanten Ausbau der Erich-Mühsam-Straße

Bevor über die »billige« Asphaltpisten-Variante entschieden wird, sollte man generell über die zukünftige Belagsgestaltung der historischen Innenstadt diskutieren und sich für Kopfsteinpflaster in den historischen Anliegerstraßen einsetzen. Nichts steht den alten Häusern besser als die historische Straße mit Kopfsteinpflaster. Und die Straße gehört nun mal mit zum Haus. Und nichts schützt die Anwohner besser vor rücksichtsloser Raserei.

Pflaster ist lebendig, wirkt natürlich, zeichnet Muster und verbindet Häuserbeziehungen. Pflasterstraßen sind immer das Herz und der Charakter jeder historischen Innenstadt und müssen unbedingt erhalten werden, nicht nur, weil sie schön aussehen, sondern weil sie Qualität, ja sogar Lebensqualität haben. Asphalt wirkt immer glatt und steril, langweilig, dumpf und häßlich und paßt nicht zu den alten Häusern. Asphalt bricht Häuserbeziehungen auseinander. Das Miteinander der Häuser wird zum Gegenüber. Die Intimität und der Charme der Altstadt gehen verloren. Asphalt ist nicht nur billig, sondern wirkt auch »billig«. Die noch nicht glattgebügelte Altstadt von Eberswalde

hat mehr verdient als billig. Warum wird an Wohn- und Lebensqualität gespart? Asphalt erzeugt immer Pedanterie. Asphalt lädt zum Gasgeben ein, nicht zum Wohnen oder Spaziergehen. Ist das Fahrgestell der Autos wichtiger als die Lebensqualität der Anwohner?

Die Anwohner der Erich-Mühsam-Straße erkennen die Qualität ihrer Pflasterstraße. Sie wissen es am besten. Und sind bereit, mehr auszugeben. Warum ignoriert das die Stadtverwaltung? Bietet den Anwohnern »scheinbare« Kompromisse. Es geht um den Belag, der entscheidend ist, ob aus der Mühsamstrasse eine Autostraße oder eine Wohnstraße wird! Warum entscheidet sich das Baumdezernat gegen den Willen derjenigen, die an der Straße leben? Warum begeht die Stadt so einen Stilbruch?

Das Baudezernat steht scheinbar nicht zu ihrer Altstadt und ihrer Identität und ihren Bürgern. Und sie wird bald die gesamte Altstadt amputieren und autogerecht glattbügeln, wenn gebildete Bürger sich nicht wehren!

ARNAUD MALTERER, Sachkundiger Einwohner im Ausschuß für Bau, Planung und Umwelt

Unnütze Kreisel und Verschwendung

Der Kreisverkehr in Werneuchen ist erst wenige Jahre alt und entstand im Zuge des Neubaus der B158. Doch jetzt wird er aus Landes- und Bundesmitteln abgerissen und neu gebaut, damit er künftig von Groß- und Schwerlasttransporten befahren werden kann.

In der öffentlichen Mitteilung des Landesbetriebes Straßenwesen Brandenburg mit Sitz in Eberswalde vom 3. März spricht man dagegen von einem »durch zunehmenden Schwerlastverkehr nötig gewordenen Umbau«. Dabei führen die Schwertransporte schon lange vor der Errichtung des Kreisverkehrs. Dieser behinderte deshalb auch schon unmittelbar nach seiner Fertigstellung den Schwerlastverkehr erheblich und wurde wenige Tage nach seiner Fertigstellung das erstmalig schwer beschädigt.

Der Kreisverkehr war von Anfang an eine Fehlplanung. Die zu berücksichtigenden Faktoren für einen sinnvollen Einsatz eines »Kreisverkehrs« wurden im Landesstraßenamt vernachlässigt. Der gesamte Autoverkehr der B158 quält sich seit dem mit erheblich zu reduzierender Einfahrtsgeschwindigkeit durch den engen kurvigen Kreisel. Dabei verteilen Kreisverkehre bei etwa gleichmäßigem Verkehrsaufkommen an allen Zufahrtstraßen sehr gut den Verkehr, sind wirtschaftlich und effizient. Doch dies ist im vorliegenden Fall nicht gegeben. Die Hauptverkehrsrichtung wird durch den Verkehr auf der B158 bestimmt. Aus den beiden auf den Kreisverkehr stoßenden Seitenstraßen dagegen kommt Verkehr. Ein Kreisverkehr ist

in diesem Fall nachteilig. Deshalb wurden auch bisher kaum Kreisverkehre auf der B158 gebaut. Werneuchen hat den »Einzigsten«. Im Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg hat es Konsequenzen oder eine Aufarbeitung dieser kostspieligen Fehlplanung und Ausführung nicht gegeben. Die Behörde schrieb einfach die Vergabe des Bauvorhabens für einen Abriß und Neubau am 19.11.2007 als Reaktion auf »zunehmenden Schwerlasttransport« wieder öffentlich aus. Das »Schwarzbuch« der Steuerververschwendung im Landesbetrieb Straßenwesen liest sich da wie folgt: »125 qm Asphaltbefestigung, 400 qm Pflasterbefestigung und 300 m Borde aufnehmen, 75 m Entwässerungsleitung ausbauen, 100 cbm Boden abtragen, 54 qm Rasen säen, 2 St. Schächte regulieren, 28 cbm Frostschutzschicht, 78 qm Schotter, 160 qm Beton, 125 qm Gußasphalt, 820 qm Asphaltbeton, 200 qm Pflasterbefestigung und 330 m Bordsteine...« Nun wird innerhalb des Kreisverkehrs eine Überquerung für Groß- und Schwerlasttransportfahrzeuge geschaffen. Ende April sollen die Arbeiten abgeschlossen sein. Bis dahin werden der Neubau des ersten Kreisverkehrs, sein jetziger Totalabriß und der wiederholte Neubau mit Überquerung dem Steuerzahler fast eine halbe Million Euro aus Landes- und Bundesmitteln gekostet haben. Der Autoverkehr wird sich aber weiter auf der B158 anstauen und durch den neuen kleinen Kreisel zwingen müssen.

MARTIN KUBAN, Werneuchen

Prachtstraße gefordert

Eberswalde (bbp). Trotz zahlreicher Einwände der Anwohner, die insbesondere eine Beibehaltung des Charakters der Straße als Pflasterstraße forderten, hielt die Stadtverwaltung an ihren Plänen fest, die Eberswalder Erich-Mühsam-Straße mit einer Asphalt-Fahrbahn herzustellen. Eine letzte Informationsveranstaltung am 19. März war wegen der starren Haltung der Stadtverwaltung von der Anwohner-Initiative boykottiert worden. So war vorausprogrammiert, daß es auf der Sitzung des zuständigen Ausschusses am 1. April (nach Redaktionsschluß) heiß hergehen würde.

Inzwischen hat die Fraktion »Allianz freier Wähler« einen Beschlußvorschlag zur StVV am 24 April eingereicht. Darin heißt es: »Die Erich-Mühsam-Straße (vormals Donopstraße) soll mit ihrem wieder herzustellenden historischen Charakter (Villen, historische Lampen, Pflasterung u. a.) eine Prachtstraße und somit eine Sehenswürdigkeit mit touristischer Anziehung werden.« Auf der gleichen StVV-Sitzung soll die Stadtverwaltung nach den Intentionen der AfW dazu verpflichtet werden, offenzulegen, »wo ... die Pflastersteine verblieben (sind), welche im Zuge des Bauvorhabens Goethestraße, 3. Bauabschnitt, frei geworden sind, bzw. wo im Falle eines Verkaufes ihr Geldwert als Einnahme nachgewiesen« wird.

Keine Sonderrechte

Eberswalde (bbp). Unter der Überschrift »Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung informiert« hatte sich erstmals der StVV-Vorsitzende Sven Köhle (CDU) im Amtsblatt der Stadt Eberswalde zu Wort gemeldet. Sich an den restriktiven Umgang mit seinen eigenen Wortmeldungen im Amtsblatt erinnernd, fragte der Finower Ortsbürgermeister Albrecht Triller in der StVV am 13. März, auf welcher Grundlage die Veröffentlichung des StVV-Vorsitzenden erfolgt sei. Die Hauptsatzung legt lediglich fest, daß sich die Fraktionen und die Ortsbürgermeister monatlich mit streng limitierten Beiträgen zu Wort melden können. Ein halbes Jahr vor den Kommunalwahlen könnte die neue Praxis des Vorsitzenden leicht als Mißbrauch des Amtsblattes zu Wahlkampfzwecken mißverstanden werden. »Also verzichten Sie auf Ihre Beiträge im Amtsblatt«, forderte Albrecht Triller den StVV-Vorsitzenden auf, »bis die StVV entsprechende Änderungen in der Hauptsatzung beschlossen hat«. In dem Zusammenhang erinnerte Triller daran, »daß schon vorliegende Vorschläge zur Änderung der Hauptsatzung und der Geschäftsordnung, darunter ein ganzes Paket von Vorschlägen vom Bündnis für ein demokratisches Eberswalde, auf die Zeit nach der Kommunalwahl vertagt worden sind. Da sollten auch für Sie keine Extrawürste gebraten werden.« Der Vorsitzende Sven Köhle reagierte mit betretenem Schweigen. Zuvor hatten ihn bereits andere, z.B. die Fraktion Die Linke, auf seinen Fehler hingewiesen.

Freie Schule Finow begrüßt

Bildung ist unsere Zukunft, so der Tenor in allen Medien. Doch wie sieht die Praxis aus? In Eberswalde wurden infolge der Schulentwicklungsplanung des Kreises die Oberschulen in Finow und im Brandenburgischen Viertel geschlossen. Keine Oberschule mehr in den beiden Stadtteilen, in denen zusammen mehr als die Hälfte der Eberswalder wohnt. Dafür zwei im Stadtteil Eberswalde. Gegen eine Stärkung der Innenstadt ist nichts einzuwenden. Aber im Schulbereich ist die Vernachlässigung der westlichen Stadtteile unübersehbar.

Die Fraktion Grüne/BFB in der Stadtverordnetenversammlung unterstützt daher die folgerichtige Initiative zur Gründung einer freien Schule in Finow. Schulen in Wohnortnähe sind ein wichtiger Faktor für Schüler und Eltern, sich mit ihrem Stadtteil zu identifizieren. Und gerade im Brandenburgischen Viertel sind solche Zeichen von hoher Bedeutung. Unnötige Schwachpunkte bei der Stadtentwicklung können wir uns dort nicht leisten. Bündnis 90/Die Grünen wünschen den Initiatoren viel Erfolg und eine zeitnahe Entscheidung durch das Bildungsministerium. Auch wenn es zunächst nur für wenige Schüler eine willkommene Alternative zur gegenwärtigen Schullandschaft sein wird. Jedes kräftige Pflänzchen hat einmal mit zartem Grün begonnen.

Vor der Standortentscheidung durch den Landkreis hatten es die Stadtverordneten in der Hand, einem Antrag von Grüne/BFB zu folgen und stadtentwicklungspolitisch bessere Weichen zu stellen. Doch die Mehrheit aus SPD, CDU und FDP votierte damals gegen den Vorschlag, die weiterführenden Schulen erst ein Jahr später an den Landkreis abzugeben und bis dahin Tatsachen zu schaffen, die dem Bürgerwillen deutlich näher gekommen wären. Sich gänzlich gegen Schulschließungen zu wehren, hieße, vor den abnehmenden Schülerzahlen die Augen zu verschließen. Doch bei Schulschließungsdebatten die Möglichkeit geringerer Klassenstärken zu vernachlässigen und auf wichtige Aspekte der Stadtentwicklung nicht zu achten, ist frevelhaft.

ANDREAS FENNERT, Stellv. Fraktionsvorsitzender Grüne/BFB in der StVV Eberswalde

»Bürgerschaftliches Engagement«

Als Vorsitzender des Kinder- und Jugendparlaments mischt sich Martin Hoeck seit einiger Zeit aktiv in das gesellschaftliche Leben in der Stadt Eberswalde ein. Daneben engagiert er sich in zahlreichen Vereinen, wie dem Förderverein der Schwärzese-Grundschule, der Kleiderkammer und in Sportvereinen, und steht seit Anfang des Jahres dem Sprecherrat im Brandenburgischen Viertel vor. Die »Barnimer Bürgerpost« nahm dies zum Anlaß für ein Gespräch.

Wie bringst Du all die Aktivitäten und Dein Studium unter einen Hut? Ist da nicht die Gefahr, daß Du Dich verzettelst? Neben dem Jurastudium an der Humboldt-Universität zu Berlin engagiere ich mich sehr in meiner Heimatstadt Eberswalde. Daß dabei einige die Gefahr sehen, ich würde mich mit den Aktivitäten verzetteln, ist sicherlich nicht von der Hand zu weisen, aber dennoch liegt es meines Erachtens an mir selbst, ein gesundes Zeitmanagement zu entwickeln. Inzwischen habe ich meine Grenzen erkannt und weiß, wieviel ich schaffe. Ich habe jetzt die Schwerpunkte meines ehrenamtlichen Engagements auf den Vorsitz im Kinder- und Jugendparlament und meiner Arbeit im Brandenburgischen Viertel gesetzt. Ich wohne in diesem Stadtteil seit 18 Jahren und möchte mich daher hier auch besonders einbringen. So übe ich derzeit den Vorsitz im Förderverein der Grundschule »Schwärzese« und im Sprecherrat des Brandenburgischen Viertels aus und bin noch bei der Kleiderkammer ehrenamtlich aktiv.

Welche Ziele verfolgst Du mit diesen Aktivitäten?

Ich halte das bürgerschaftliche Engagement in unserer Gesellschaft für unerlässlich. Es ist Ausdruck von Freiheit und Selbstverantwortung der Bürger und fördert damit auch unsere Demokratie. Man überlege sich nur, wieviele Ereignisse und Veranstaltungen nicht stattfinden, wieviele Angebote es nicht geben würde, wenn sich Menschen nicht ehrenamtlich engagieren. Mein Motto dabei ist nach einem Zitat von Johannes Rau: »Es liegt an jedem von uns, dieses Land, unser Land jeden Tag ein Stück besser und menschenfreundlicher zu machen.«

Nun war Dein bisheriger Weg des bürgerschaftlichen Engagements nicht unbedingt geradlinig.

Das stimmt leider. Mit 16 Jahren begann ich mich politisch zu engagieren. Leider nutzte ich damals nicht die Möglichkeit, mich in einem

parteiunabhängigen Gremium, wie einem Jugendparlament zu engagieren und erste praktische Erfahrungen in der Politik zu sammeln. Verblendet von ihren Parolen und ihrer Polemik trat ich damals der DVU bei. Heute



bedauere ich diesen Schritt sehr, bin aber andererseits auch froh, diese Erfahrungen gemacht zu haben. So kann ich die Jugendlichen, die vielleicht auch überlegen, Mitglied einer extremen Partei oder Vereinigung zu werden, aus eigener Erfahrung davor warnen. Extreme Parteien versprechen einfache Lösungen für komplizierte Probleme und ich kann nur sagen: Demokratie ist nicht einfach. Ich jedenfalls werde meinen Beitrag leisten, die Demokratie zu fördern

Wie willst Du mit diesen Erfahrungen künftig umgehen?

Ich werde mich künftig weiterhin für die Region, meine Stadt und besonders auch meinen Stadtteil engagieren. Neben der Freude, die mir diese ehrenamtlichen Tätigkeiten bereiten, hoffe ich, auch andere Bürgerinnen und Bürger und gerade Jugendliche zu ermuntern, sich für ihre Stadt einzusetzen und somit eine Perspektive für andere zu schaffen, wo sie im Moment vielleicht fehlt. Außerdem möchte ich damit auch denjenigen, die ebenfalls Fehler in ihrer Vergangenheit begangen haben, zeigen, daß nach einem Fehler nicht alles vorbei ist. Es geht weiter. Wichtig ist, aus den eigenen Fehlern zu lernen. Ganz nach dem Zitat von Mahatma Gandhi: »Sei du selbst die Veränderung, die du dir wünschst von der Welt.«

Vielen Dank für das Gespräch.

Widerwärtiger Umgang mit Bodenreform-Erben

Presseerklärung des Landesverbandes der Allianz freier Wähler Brandenburg

Mit Empörung haben wir die rechtswidrige Aneignung von Bodenreformland durch die damalige SPD-Landesregierung Brandenburg aus der Presse entnommen.

Das vom Bundesgerichtshof als sittenwidrig eingestufte Regierungshandeln können wir nur als Landraub klassifizieren. Es ist unfassbar, wie das Recht der betroffenen Bürger gebeugt wurde. Es ist ein Schlag gegen das Demokratieverständnis und gereicht einer Bananenrepublik zur Ehre.

Wir sehen in den Vorgängen das Wirken der Arroganz der Macht. Gleichzeitig sehen wir uns in unserer Auffassung bestätigt, daß die Parteiendemokratie eines bürgerrechtlichen Regulatives bedarf. Widerwärtig, wie man mit Klage- und Kostenandrohung gegen die Eigentümer vorging, um von ihnen die Genehmigungserklärung zur Enteignung durch das Land Brandenburg zu erzwingen.

Skandalös ist, wie das Land die Rechtlstellung der Eigentümer hinauszögert und zu

den Vorgängen weitgehend schweigt. Erschütternd ist auch, wie die Hauptverantwortlichen auf den Ebenen der Minister und Staatssekretäre die Verantwortung auf die untersten Ebenen delegieren wollen, um das Prinzip, daß man nur die Kleinen hängt, durchzusetzen. Wir fordern den Rücktritt der Hauptverantwortlichen.

Dr. GÜNTHER SPANGENBERG,
Landesvorsitzender der Allianz freier Wähler

Drittes Brandenburg-Treffen der SBB

Für Arbeit und für Frieden

Potsdam (rth). »Soziale Bewegung Land Brandenburg« (SBB) ist das Netz der Montags-Demonstranten zwischen Elbe und Oder, zwischen Lausitz, Prignitz und Uckermark. Sie haben die Ebbe der letzten zwei Jahre durchgestanden, sie beginnen, neue Wirkungsformen zu entwickeln, ihre Ziele zuzuspitzen und neue Verbindungen zu knüpfen. Ihre dritte Landes-Demo zog durch die Landeshauptstadt Potsdam, vereint mit der brandenburgischen Friedens-Koordination, die schon mehrmals die nahegelegene Zentrale der Auslands-Bundeswehr und den Bomben-Abwurf-Platz in der Prignitz belagert hat. Gekommen waren Freunde vom Berliner Sozialforum und vom Netz »Bundesweite Montagsdemo«, begleitet von ihrer Band »Nuemmes« aus Berlin. Auch unsere Mitstreiter aus Eisenhüttenstadt erfreuten uns durch fröhlich-freche Songs. Die Linkspartei hatte einen Wagen mit Klapp-Tribüne und Übertragungstechnik zur Verfügung gestellt.

Auftakt am Brandenburger Tor in Potsdam: Vierhundert Teilnehmer am Ende der Einkaufsmeile, wo sich viertausend Touristen an den Schaufenstern ergötzen, als würden wir im tiefsten Frieden leben. Unser erster Redner war Tobias Pflüger, Aktivist der europäischen Friedensbewegung und Abgeordneter des Europa-Parlaments. Ihm war eine längere Redezeit eingeräumt. So hatten wir Gelegenheit, den Blick ins ganze Erdenrund schweifen zu lassen, wo in kriegerischen Aktionen Särge gefüllt und Milliarden verpulvert werden, die den Ärmsten unsrer Heimat fehlen.

Schließlich ziehen die Vierhundert zum Nauener Tor der Landeshauptstadt. Der Polizei genügen ein paar Beamte, die freundlich den Zug begleiten, um die Kreuzungen freizuhalten. Leider war uns die Fußgänger-Zone nicht genehmigt worden, sonst hätten die Einkaufstouristen viel gesehen: Spruchbänder und Fahnen der sozialen Bewegungen aus Brandenburg und Berlin, von Attac, vom Arbeitslosenverband mit seinen Kindern, von IGM, von Antifa und von linken Parteien. Auf Gleisen der Straßenbahn eine Zwischenkundgebung: Dagmar Enkelmann spricht, parlamentarische Geschäftsführerin der Linksfraktion im Bundestag, trainiert im kurzen, prägnanten, freien Sprechen. Besonders schön ihre Worte: »Wir sind an Eurer Seite!« Herzlicher Beifall. Ich wünsche Dagmar Kraft, ihre Partei zu gewinnen, an unsrer Seite zu stehen.

Endlich die Abschlußkundgebung. Sechs Redner hatten schon gesprochen, noch stehen zwanzig auf der Liste. Der Veranstaltungsleiter bittet, Meldungen zurückzuziehen. Schade. Noch zehn Sprecher kommen zu Wort, fast jeder ein Erlebnis: Aus der Uckermark Birgit Kühn, die stille, bescheidene, kühne Frau, die die Herrschenden ihres ganzen Landkreises herausgefordert hat mit ihrer Kandidatur zur

Bürgermeisterwahl in Angermünde. Aus Darmstadt spricht ein Weitgereister, von »Bundesweite Montagsdemo« spricht Fred Schirmmacher, vom Kampf gegen das Bombodrom in der Prignitzer Heide berichtet Rainer Weigt. Freunde aus linken Formationen erinnern daran, was das Volk schon mal gehabt hat: Frei von Arbeitslosigkeit und freie Bildung – das nächste Mal ohne Entstellungen.

Rainer Thiel rief auf, der Opfer zu gedenken, die der Tod durch Arbeitslosigkeit und Hartz IV gefordert hat. An vier Beispiele wurde erinnert. Die Gedanken der Redner waren deutlich konkreter als bisher. Frank Eschholz aus Finsterwalde, Dagmar Enkelmann und Rainer Thiel lieben Strategie erkennen: »Hartz IV wird überwunden, wenn die Arbeitslosigkeit überwunden wird. Laßt Euch nicht länger belügen, Konjunktur würde ordentliche Arbeitsplätze schaffen. Die Zahl der ordentlichen Arbeitsplätze, die uns das Kapital geraubt hat, ist doppelt so hoch wie die Regierung zugibt. Und unsren Kollegen, die noch einen Job haben, sagen wir: Euer Arbeitsplatz wird wackeliger, wenn Ihr länger arbeitet. Das Kapital will die ganze Klasse der Lohnabhängigen spalten - die einen direkt in Hartz IV, die anderen indirekt: Mit Angst vor Hartz IV werdet Ihr erpreßt zu Mehrarbeit bei sinkendem Reallohn. Fordern wir gemeinsam: Verkürzung der Arbeitszeit bei deutlich höherem Stundenlohn für Geringverdiener: 35-Stunden-Woche, 30-Stundenwoche. Arbeit fair teilen. Arbeit und Freizeit für alle!« (Rainer Thiel, SBB und Attac-Arbeitsgruppe »Arbeitszeitverkürzung«)

Zum Abschluß bestieg eine kleine Frau die Tribüne, die den Krieg überlebt hat. Sie sang ein Friedenslied von Ernst Fischer und Hanns Eisler, wo es heißt: »Der Krieg ist kein Gesetz der Natur, und der Friede ist kein Geschenk.... Mutter, es geht um dein eigen Kind, wehr dich und laß es nicht zu. Und ob wir Millionen mächtiger sind als der Krieg, das entscheidest du.«



»Wir sind an Eurer Seite« versicherte die Bundestagsabgeordnete der Linken Dagmar Enkelmann den Demonstranten.

(K)eine neue Schnellstraße?

Zur Freude der Aktiven gegen eine Schnellstraße zwischen Eberswalde und Bad Freienwalde (B 167/158) wurde das Raumordnungsverfahren (ROV) im Februar 2008 von der verantwortlichen Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg gestoppt. Das zeigt, daß es für Politikmüdigkeit keinen Grund gibt. Es hat ja gewirkt, daß ca. 1000 Bürger und viele Träger öffentlicher Belange ihre Einwände schriftlich eingereicht haben. Vielen Dank an alle Fleißigen, besonders an die Fraktion der Grünen, die Naturschutzverbände NABU und BUND, die Stadt und den Landkreis Eberswalde. Wie geht es jetzt weiter? Der Landesbetrieb für Straßenwesen soll weitere Varianten für andere Trassenführungen suchen/untersuchen.

Hier kommt nun aus Sicht der Bürgerinitiative gegen das Projekt sofort ein großes Fragezeichen. Denn nach Auffassung von Kennern der gesamten Planungssituation kann kaum angenommen werden, daß es eine »unschädliche« Streckenführung gibt, denn diese wäre dann schon längst gefunden worden. Deshalb ist es zu begrüßen, daß es nun auch Gespräche, von Frau Oehler in der StVV angeregt, zwischen Stadt und Kreis Eberswalde zu den Verkehrsplanungen gibt. Nach Aussage des Bürgermeisters soll eine Variante gefunden werden, die keine neuen Belastungen für die Städter schafft. Das ist ein schwieriges Unterfangen, denn die Stadt will und muß ihre innerstädtischen Belastungen auch reduzieren.

Hier gibt es noch viel zu tun. Ausruhen kommt also für die Aktiven nicht in Frage. Im Gegenteil, die Zeit bis zur Wiederaufnahme des Verfahrens wird genutzt, um weitere betroffene BürgerInnen über die Planungen zu informieren und den Kontakt zu anderen Initiativen entlang des »Blauen Netzes« (Bundesverkehrswegeplan) aufzubauen.

Um den drohenden Verlust an Schönheit und damit des Erholungswertes unserer Heimat besser erlebbar zu machen, sind Wanderungen entlang besonders attraktiver Wege im Planungsraum der Trassen geplant. In Tornow kam die Anregung dazu von Ortsbürgermeister Herrn Küter. Besonderes Augenmerk soll dabei auf die geschützten Bereiche in den betroffenen Gebieten gelegt werden. Da oft nur die B167neu gesehen wird, will die Bürgerinitiative besonderes Augenmerk auf den Raum Bad Freienwalde (B158n) legen, da dort unter anderem auch der Fontanewanderweg mit einer sehr langen Tradition betroffen wäre. Die Bürgerinitiative plant auch, Sachverständige zu den Verkehrsproblemen einzuladen und eine öffentliche Bürgerversammlung zu organisieren.

Dr. MAGDALENE WESTENDORFF,
Sprecherin der BI »Keine Schnellstraße zwischen
Eberswalde und Bad Freienwalde«

Beratung für Kriegsdienstverweigerer
mit Thomas Lehmann

im Begegnungszentrum »Wege zur Gewaltfreiheit«,
16225 Eberswalde, Brautstraße 34, Tel. 03334/22398

Nach der Wende fielen die Aufgaben der Müllentsorgung in die Hände der seit Mai 1990 unter dem Zepter von Landrat Bodo Ihrke agierenden Kreisverwaltung. Diese hatte mit dem Aufbau ihrer Verwaltungsstrukturen zu tun und Berater aus dem Westen. Der bislang volkseigene Abfallwirtschaftsbetrieb wurde zur Abfallwirtschaft Eberswalde GmbH (AWE) und Eigentum einer westdeutschen Entsorgerfirma namens WESTAB Holding GmbH aus Duisburg, welche wiederum der VEBA Kraftwerke Ruhr AG gehörte, einem Teil des VEBA-Konzerns, der 1991 etwa 543.000 Aktionäre hatte. Als nach der Fusion der Altkreise Eberswalde und Bernau im Jahr 1994 die kreisliche Abfallsatzung mit zugehöriger Gebührensatzung beschlossen wurde, gab es vor allem aus dem Bernauer Raum vielerlei Widerstände. Kritisiert wurde vor allem die pauschale Berechnung der Müllmengen pro Person unabhängig vom wirklichen Anfall.

Die wegen des Widerstandes beschränkte Geltungsdauer bis 31.12.1995 wurde, als es soweit war, kurzerhand aufgehoben. Bereits Anfang 1995 fiel der Beschluß zur Gründung der Gesellschaft für Abfallwirtschaft Barnim mbH (GAB), die für die Konzipierung der Abfallwirtschaft sowie die Planung, Finanzierung, Errichtung, Bewirtschaftung und den Betrieb der Entsorgungseinrichtungen verantwortlich sein, mithin also das gesamte Aufgabenspektrum des Landkreises in seiner Verantwortung realisieren sollte. Daß der Landkreis nur zur Hälfte als Gesellschafter der GAB fungierte und die anderen Gesellschafteranteile der WESTAB gehörten, die damit eine einzigartige Monopolstellung erhielt, störte nur die Opposition im Kreistag (Der Linke Eberspiegel 1/1995).

In den nächsten Jahren wuchsen vor allem zwei Dinge zum Problem. Der Landkreis hatte seit der Kreisgebietsreform mit zwei Entsorgern zu tun. Mit der AWE im Gebiet Eberswalde und mit der Firma Rethmann im Gebiet des Altkreises Bernau. Die Verträge mit diesen Entsorgern galten jeweils bis zum Jahr 2000 und beinhalteten Gleitklauseln, die den Entsorgerfirmen erlaubten, vom Landkreis regelmäßig Preisanpassungen abzufordern. Außerdem hatten die Verantwortlichen im Landkreis verabsäumt, die notwendigen und gesetzlich vorgeschriebenen Rücklagen für die kreiseigene Deponie in Eberswalde-Ostend zu bilden.

Nachdem man in den Jahren 1995/96, als die Abwasserbewegung auf ihrem Höhepunkt war und in Eberswalde der SPD-Bürgermeister abgewählt wurde, die Finger von Plänen zur Anhebung der Müllgebühren gelassen hatte, setzte die Kreisverwaltung das Thema im Jahr 1997 auf die Tagesordnung, obwohl die Gebühren schon ein Viertel bis ein Drittel über dem in Ostbrandenburg üblichen Niveau lag. Durch die Abschaffung der bis dahin geltenden Staffelung zugunsten von Mehrpersonenhaushalten, lag der geplante Steigerungssatz bei einem Vier-Personen-Haushalt bei 50 %.

Abfallwirtschaft im Barnim

Ein historischer Überblick

Seit Anfang des Jahres wird darüber diskutiert, daß der Landkreis Barnim die Entsorgung des Mülls künftig nicht mehr wie bisher über beauftragte Dritte realisiert, sondern selbst übernimmt. In gewohnter Manier sollten die Beschlüsse ohne große Diskussion durch die Ausschüsse und den Kreistag gewinkt werden. Das scheiterte. Die Mehrheit der Kreistagsabgeordneten hielt zur Überraschung der kreislichen Verwaltungsspitze die gründliche Diskussion einer solch schwierigen und weitreichenden Entscheidung für notwendig. Wir nutzen diese Gelegenheit, um mal ein wenig in der Historie zu kramen, um die aktuellen Entwicklungen besser verstehen zu können.



Der Landkreis will die Müllentsorgung in die eigenen Hände nehmen. Im Kreistag scheint eine Mehrheit möglich. Ob in der Konstellation der jetzigen Koalition, ist bislang fraglich. Für die Bürgerinnen und Bürger dürfte sich wenig ändern. Der eigentliche Abfallwirtschaftsbetrieb ist seit 1990 derselbe, auch wenn dessen Eigentümer häufig wechselte.

und erzwangen eine gründliche Diskussion, die bis Dezember 1997 immerhin erreichte, daß der Kreistag einen von den meisten Fraktionen akzeptierten Grundsatzbeschluß zur Müllentsorgung faßte. Allerdings hielt der Konsens mit der Opposition nicht lange. Im März 1998 peitschte die Kreistagsmehrheit von SPD und CDU eine gegenüber den ursprünglichen Plänen nur leicht modifizierte Gebührensatzung durch. Die Gebührenerhöhung fiel moderater aus als einst geplant, allerdings auf Kosten der angebotenen Leistung. Aber die Pauschalgebühr blieb. Besonders in den großen Wohnvierteln führten die neuen Regelungen zu teilweise chaotischen Verhältnissen. Eine erneute Protestwelle war die Folge. Die Spitzen der neuen CDU/SPD-Koalition demonstrierten pure Arroganz (Dr. Weßlau, Fraktionsvorsitzender der CDU: »Es wird in diesem Kreistag so sein, daß sich zuerst SPD und CDU ein Konzept überlegen«; Dr. Adler, Fraktionsvorsitzender der SPD: »Was von den Bürgern kommt, ist nicht repräsentativ für mich!«).

Eine Neuordnung der Barnimer Abfallwirtschaft erfolgte dann im Schnelldurchlauf auf dem Kreistag im September 1999, nachdem seit Februar eine interne Arbeitsgruppe der Koalitionsfraktionen daran gearbeitet hatte. Per gegenseitiger Vereinbarung sollten die bis zum Jahr 2000 laufenden Verträge mit den beiden Entsorgern vorzeitig »modifiziert« werden. So könne der Landkreis eine Neuausschreibung der Entsorgungsleistungen vermeiden, war die Hoffnung. Dabei favorisierte die Kreisverwaltung schließlich die Fortsetzung des Vertrags nur mit einer der beiden Firmen.

Wohl nicht zufällig hatte Rethmann gegenüber der AWE, deren Eigentümer als Mitgesellschafter der GAB bei der Erarbeitung des neuen Konzepts nicht ohne Einfluß gewesen sein dürfte, das Nachsehen. Die Konzernzentralen von Rethmann und VEBA-WESTAB einigten sich. Bereits am 1.10.1999 sollte der neue Vertrag in Kraft treten. Die Kungelei scheiterte jedoch am Veto des Brandenburgischen Innenministeriums. Die Koalitionäre, insbesondere der SPD-Fraktionsvorsitzende Dr. Gert Adler, gifteten gegen den PDS-Kreis- und Landtagsabgeordneten Ralf Christoffers, den sie verdächtigten, er habe den Kreis bei der Kommunalaufsicht denunziert. Die Klage des Landkreises beim Verwaltungsgericht gegen das Veto endete Anfang 2000 mit einer vollständigen Niederlage.

Nun fand der Umgang mit der Opposition vorübergehend wieder auf sachlicher Ebene statt. Bis Mitte 2000 einigte man sich auf eine neue Abfallsatzung, die nunmehr u.a. eine teilweise verbrauchsabhängige Gebühr beinhaltete. Nach der nun doch eingeleiteten europaweiten Ausschreibung erhielt die AWE den Zuschlag. Diesmal ohne offensichtliche Kungelei. In ruhiges Fahrwasser geriet die Abfallentsorgung im Kreis dennoch nicht. Dafür sorgten 2001 gesetzliche Änderungen, nach denen u.a. die Deponie in Ostend im Jahr 2005 schließen mußte. Im gleichen Jahr fusionierte VEBA mit der VIAG AG zur E.ON AG und trat in diesem Zusammenhang einen Teil der bisherigen Geschäftsfelder an seine Konkurrenten ab. Dabei fiel die Abfallsparte, darunter die WESTAB mit der Abfallwirtschaft Eberswalde per

1.1.2002 an die RWE AG. Der neue Eigentümer faßte seine Aktivitäten im Bereich Müllentsorgung und Wasser/Abwasser in der RWE Umwelt AG zusammen. Die AWE wurde entsprechend umfirmiert und war nun Betriebsteil der RWE Umwelt Berlin/Brandenburg GmbH.

Die RWE Umwelt wurde zum Marktführer in der BRD. Im Jahr 2004 sammelte, verwertete und beseitigte RWE Umwelt bundesweit mehr als 20 Millionen Tonnen Abfälle und erwirtschaftet mit rund 13.000 Mitarbeitern einen Umsatz von 1,9 Milliarden Euro. Doch so richtig paßte die Abfallentsorgung wohl nicht ins Portfolio des Energiekonzerns RWE. Schon zwei Jahre später trennte sich RWE von seiner Umweltsparte. Als Käufer der RWE Umwelt brachte sich mit der Rethmann AG & Co. KG ein alter Bekannter ins Geschäft. In ihren drei Geschäftsfeldern Wasser- und Kreislaufwirtschaft (Abfallentsorgung), Contract- und Port-Logistics/ÖPNV sowie Bio-Industries erwirtschaftete das seit 1934 agierende Familienunternehmen im Jahr 2004 mit 16.674 Mitarbeitern einen Umsatz von 1,87 Milliarden Euro. Mit der Fusion änderte Rethmann auch den Firmennamen. Seit dem 1.1.2005 agieren die Unternehmen des Rethmann-Konzerns unter dem Namen REMONDIS.

Aufgrund kartellrechtlicher Regelungen durfte Rethmann-Remondis aber nicht den gesamten Unternehmensbereich der REW Umwelt übernehmen. Ein Teil der Geschäfte mußte anderen Entsorgern überlassen werden. Dazu gehörte auch der Eberswalder Betriebsteil. Hier kam die Firma Fehr zum Zuge. Das mittelständische Familienunternehmen, das sich bereits seit 1938 ausschließlich mit Entsorgungsaufgaben beschäftigt, war bislang ausschließlich auf die nordhessische Region fokussiert. Von der RWE Umwelt übernahm Fehr 2005 die Regionalgesellschaften Hessen und Ost (www.fehr.de). Der Abfallwirtschaftsbetrieb in Ostend wurde so zur Betriebsstätte Eberswalde der Fehr Umwelt Ost GmbH. RWE trennte sich auch von der Beteiligung an der GAB, die nun zu 100 % dem Landkreis gehört.

Seit 2005 verteilen sich die Aufgaben der Abfallentsorgung im Kreis Barnim wie folgt: Die GAB ist mit ihren 14 Mitarbeitern verantwortlich für die Planung, Organisation und Abrechnung der kommunalen Abfallentsorgung sowie die Abfallberatung. Die Entsorgung der einzelnen Abfallfraktionen erfolgt durch beauftragte Entsorgungsunternehmen. Hausmüll entsorgt die Firma Fehr, das Altpapier wird von der Firma Kühl Entsorgung & Recycling und der Sperrmüll von ALBA Wrietzen eingesammelt. Außerdem ist noch die ALBA-Tochter Lepkojus im Landkreis tätig, welche die sogenannten Sonderabfallkleinmengen entsorgt. Schließlich hat auch Remondis den Fuß im Abfallgeschäft des Landkreises. Das Einsammeln von Glas und gelben Säcken und Tonnen wurde durch die Duales System Deutschland GmbH an die 100 %ige Fehr-Tochter MDL (Mitteldeutsche Logistik

GmbH) aus Schkeuditz vergeben, diese bedient sich aber Remondis als Subunternehmer.

Seit 2005 wird auf der Deponie Ostend nur noch mineralischer Abfall angenommen, der zur Deponieabdeckung verwendet wird. Inzwischen ist auf diese Weise im Osten der Stadt Eberswalde ein stattlicher Berg herangewachsen, der zunehmend landschaftsbestimmend wirkt. Die Annahme dieser Abfallfraktion läßt zudem die Kassen des Landkreises klingeln, was sich letztlich auch auf die Höhe der Abfallgebühren auswirken sollte.

Der einst in Ostend deponierte Hausmüll wird seit 2005 zur Umladestation im Bernauer Gewerbegebiet an der Albertshofer Chaussee gebracht, dort umgeschlagen und zur mechanisch-biologischen Behandlungsanlage der Märkischen Entsorgungsanlagen-Betriebsgesellschaft mbH (MEAB) in Vorketzin (in der Nähe von Potsdam) gebracht. Dort werden aus dem Abfall verwertbare Stoffe wie Metalle, Kunststoffe und Papier herausortiert. Der minimierte Restabfall wird nach der biologischen Stabilisierung deponiert. Die MEAB ist ein Gemeinschaftsunternehmen der Länder Brandenburg und Berlin. Der Vertrag des Kreises mit der MEAB läuft noch bis 2020. Die mit der veränderten Restabfallbeseitigung verbundenen Mehrkosten werden u.a. durch die Einnahmen querfinanziert, die beim Einsammeln des Altpapiers anfallen.

Diese Struktur der Abfallentsorgung will der Landkreis nunmehr ändern. Ein kommunaler Eigenbetrieb soll die Entsorgungsleistungen durchführen. Vorabgesprächen mit der Firma Fehr zur Übernahme des Abfallwirtschaftsbetriebes in Ostend fanden bereits statt. Neben dem Hausmüll soll der künftige Eigenbetrieb, der unter dem Dach der GAB agieren würde, die Sperrmüllentsorgung und die Sammlung des Altpapiers übernehmen. Altglas und grüner Punkt würden beim jetzigen Entsorger bleiben, da der Landkreis bei diesen Sparten nicht der Auftraggeber ist.

Während die Firma Fehr dem Ansinnen des Landkreises offenbar mit Gelassenheit entgegentritt, reagierte Remondis mit einiger Hektik. Eine Kommunalisierung der Barnimer Abfallentsorgung entspricht offenbar nicht den Expansionsplänen von Remondis. Mit den jetzt in Angriff genommenen Plänen, in Konkurrenz zum Landkreis eine eigene Altpapiersammlung zu installieren, schafft sich diese Firma keinesfalls Freunde. Vor allem, wenn die Altpapiersammlungen von Remondis als Begründung für möglicherweise steigende Müllgebühren herangezogen werden.

Obwohl die Kreisverwaltung durchaus mit einer komfortablen Mehrheit im Kreistag für ihre Pläne rechnen kann, wurde gewohnt ungeschickt agiert. Schwer verständlich, wie nach all den Jahren seitens des Landrates und seiner Verwaltung noch immer versucht wird, solche wichtigen Entscheidungen im Schnelllauf durch die Gremien zu bringen.

GERD MARKMANN

Landung als Bettvorleger

Die Landesplanung ist ein wichtiges Steuerungselement, um öffentliche Infrastrukturvorhaben mit den Umweltbelangen in Übereinstimmung zu bringen. Was die Luftfahrtpolitik im Land Brandenburg und die Landesplanung angeht, hat es niemals ein öffentliches Interesse an einem Verkehrsflughafen in Finow gegeben. Der neue Landesentwicklungsplan Berlin Brandenburg LEP BB sieht für Finow eine Abflugmasse von 14 Tonnen vor. Der Durchschnitt der startenden kleinen Flieger hat gerade einmal zwei Tonnen und gehört in die Kategorie »Hobby für reiche Flugzeugbesitzer«.

In der skurrilen Wahrnehmung der Stadt Eberswalde sieht man dies anders. Seit Jahren gibt es in Sachen Flughafenausbau eine zustimmende Mehrheit vor allem von SPD, CDU und FDP in der StVv. Dem windigen Flugplatzentwickler Brandstetter wurden damals 3,25 Mio. DM aus der Stadtkasse, mit Zustimmung einer Mehrheit der Abgeordneten, in die Hand gedrückt, die er dann durch sein Firmenkonglomerat in die Taschen seiner Frau umleitete. Unter dem Bürgermeister Boginski gibt es jetzt die abenteuerliche Krönung des Flughafenausbaus. Eberswalde will Ergänzungsflyghafen zu Schönefeld werden. Gaukeleien unfähiger Kommunalpolitiker und linker Landespolitiker. Flughafenplanungen sind aber Landesrecht.

Mit der Inbetriebnahme des Flughafens Berlin-Brandenburg-International soll der Flugverkehr auf diesen konzentriert werden. Damit wird den umfangreichen öffentlichen Investitionen Rechnung getragen. Die aufkommensnahe Lage des Flughafens BBI gewährleistet eine Reduzierung der Bodenverkehrsströme. Das ist logisch und klar, jeder Bürger kann es verstehen. Über 1.200 Bürger haben deshalb in Verantwortung für ihre Region Einwendungen gegen einen Flughafenausbau abgegeben.

Nur Bürgermeister Boginski und die Stadtverwaltung träumen vom Ergänzungsflyghafen Finow mit Linien- und Pauschalreiseverkehr. Die Verlärmung ganzer Stadtgebiete und die Entwertung von Wohneigentum nehmen sie billigend in Kauf. Ihre städteplanerische Sicht und Verantwortlichkeit enden offenbar noch vor der Stadtmauer. Da lügt man sich auch gern mal zugunsten eines Unternehmers in die eigene Tasche. Aus den maximal 20-30 Tonnen im alten LEP GR werden so 85 Tonnen Abflugmasse für den Flughafen in Finow. Diesen Taschenspielertrick nennt man in der Stadtverwaltung »Der Flughafen ist planerisch als noch entwickelt zu betrachten«. Die Stellungnahme der Stadt zum neuen LEP BB ist ein reines Kontraprodukt zur Landesplanung in Brandenburg.

Wenn man beide umstrittenen Vorhaben im Stadtteil Finow, Müllverbrennungsanlage und Flughafenausbau, in Bezug auf die richtungweisende Kompetenz des Bürgermeisters in Sachen Stadtplanung betrachtet ist festzustellen: Boginski ist wie ein Tiger abgesprungen aber wie ein Bettvorleger gelandet.

THOMAS GILLES

Bemerkungen zu einem Interview

Unter der Überschrift »Wir müssen über die unterschiedlichen Erfahrungen reden« hat die Märkische Allgemeine Zeitung (MAZ) mit den Herren Dr. Stolpe und Schönbohm ein Gespräch über Werte-Vorstellungen in Ost und West geführt (MAZ, 25.3.2008).

Die Gesprächspartner muß man in Brandenburg nicht vorstellen. Der eine war in der DDR Kirchenjurist und Verbindungsglied der evangelischen Kirche zum Ministerium für Staatssicherheit. Der andere war in der BRD General der Bundeswehr. Das zu wissen erleichtert die Antwort auf die Frage, inwieweit die Erfahrungen dieser Herren mit denen eines Durchschnittsbürgers übereinstimmen.

Herr Schönbohm sagte der MAZ: *Wir haben zu viele Jugendliche, die gewaltbereit sind. Das hängt zusammen mit der Frage, welche Vorbilder hat man zu Hause, wie geht es in der Schule zu.* Etwas weiter unten war von Herrn Schönbohm zu lesen: *In der DDR haben die Menschen in einem System gelebt, das sie kujoniert hat, ihnen Freiheitsrechte genommen, indoktriniert und die Kirchen drangsaliert hat.*

Hier wäre wohl zunächst festzustellen, daß die Gewaltbereitschaft längst auch die älteren Generationen erreicht hat. Das hängt zusam-

men mit der täglichen Gewalt, mit Ignoranz und Intoleranz, denen die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes ausgesetzt sind. Dafür trägt Herr Schönbohm als Innenminister maßgeblich Verantwortung. Ich bin überrascht, wie geduldig die Menschen, besonders in den sogenannten Bundesländern, also auf dem Gebiet der DDR, bisher diese Gewalt hinnehmen. Bei dem galoppierendem Sozialabbau, bei schnell steigenden Preisen, immer neuen Lasten und permanentem Demokratieabbau ist das schon erstaunlich und kann nur schwer mit Erfahrungen aus der Vergangenheit erklärt werden. Es sind die Herrn Schönbohm unterstellten Behörden, die hier in vorderster Front gegen die Bürger angetreten sind. Sie, die von Steuern leben, lassen sich ihre Verwaltungsakte zusätzlich vom Steuerzahler teuer bezahlen. Mehrwertsteuer, explodierende Preise für Energie und Lebensmittel, Wasser teurer als Brot, Sterben so teuer wie nie, Müllgebühr für Kleingärten und, und ... sind nur Beispiele aus einem Horrorkatalog, der sehr lang ist.

Das alles wird vollzogen und durchgesetzt. Körperverletzung, Hausfriedensbruch, Kontenpfändungen und Zwangsvollstreckungen – besonders erfolgreich bei alten Menschen – bis

hin zur Androhung von Erziehungshaft sind Ausdruck behördlicher Gewalt gegen Bürger. Die Fälle »Plenzke«, Rauen und »Groger«, Briesensee sind inzwischen landesweit bekannt. Dieser Terror heißt Verwaltungshandeln, Durchsetzung angeblicher Ordnungsmäßigkeit und z.B. »Ersatzvornahme«. Hier schneidet die DDR vergleichsweise gut ab, denn so etwas gab es in der DDR nicht. Die Behördengewalt, die Herr Schönbohm nicht beklagt, wohl nicht einmal wahrnimmt, geschieht unter dem »Schutz« der Gerichte und der Polizei – auf Befehl des Herrn Exgenerals. Der sollte sich zurückhalten mit Kritik am »System DDR«. Sicher hat dieses System mehr Tadel als Lob verdient. Ich bekenne frei, daß ich die DDR nicht zurückhaben will. Wenn aber hier und heute jemand kujoniert, indoktriniert, terrorisiert und Grundrechte nimmt, dann ist es diese Bundesrepublik, der Staat des Herrn Schönbohm und jetzt auch der Staat des Herrn Dr. Stolpe. Was haben die Herren aus ihren Erfahrungen gelernt?

Hier ist die Gewaltenteilung (auch!) nur noch ein Ammenmärchen. Die Gewalt wird zunehmen. Wer Wind sät, der wird Sturm ernten.

JOHANNES MADEJA, BKB/Freie Wähler

»Die Zinsen verursachen die Probleme«

Zu: Grundeinkommen oder Arbeitszeitverkürzung plus Mindestlohn, von Dr. Rainer Thiel (in BBP 2/2008, Seite 12)

Dr. Rainer Thiel hat, wohl zu recht, Zweifel an der Durchführbarkeit eines bedingungslosen Grundeinkommens (bGe) zu äußern. Beschäftigt man sich näher mit dem Thema, stößt man unweigerlich auf den DM-Drogeriemarktbesitzer Götz Werner und dessen Buch »Einkommen für alle«. Er legt ein durchaus tragfähiges Konzept eines bGe vor, welches er über eine hohe Mehrwertsteuer finanzieren will (BBP 8/2008). Von diesem bGe unterscheidet sich das von Dr. Thiel vorgeschlagene »zeitweilige Grundeinkommen« (zGe) radikal. Sehen wir uns die sozialen Errungenschaften der heutigen Gesellschaft genauer an, dann fällt auf, daß sie sich kaum von denen unterscheiden, welche Dr. Thiel für erstrebenswert hält. Beispiele:

Punkt 1 seiner Vorschläge heißt heute *Elterngeld*. Dies mag in vielen Fällen weder die erwünschte Dauer noch die erhoffte Höhe haben, aber es ist ein Grundeinkommen auf Zeit.

Punkt 2 hat den Namen *Bildungsurlaub* bekommen. Dieser wird heute »unfreiwillig Arbeitslosen« gewährt, wenn sie bestimmte Kriterien erfüllen. In diversen Weiterbildungskursen und Umschulungen erweitern sie ihren Horizont, das hofft man jedenfalls.

Punkt 3 nennen wir heute *Altersteilzeit*.

Wenn Herr Thiel dann davon ausgeht, daß die Jobbenden für die Finanzierung Verständnis zeigen, irrt er gewaltig. An anderer Stelle meinte er, daß es sich viele in der sozialen Hängematte des bGe bequem machen würden, was

die Jobbenden nicht akzeptieren werden. Heutzutage meckern die Jobbenden auch über hohe Sozialversicherungsbeiträge, Steuern und Abgaben. Das werden sie auch tun, wenn ein zGe an die Stelle von AIG 1 u. 2, Elterngeld, Rente usw. tritt. Seine Befürchtungen, wie oben angedeutet, daß sich viele mit einem bGe absetzen werden und ihre Sozialisierung verlieren, ist durchaus berechtigt. Aber geht man den Weg seiner Argumentation für das zGe zum logischen Ende, dann bedeutete dies, daß auch Leistungen wie AIG 2 zeitlich begrenzt werden müßten, um zu verhindern, daß sich die Hilfebezieher in ihrer Situation einrichten und sich so entsozialisieren. Man stelle sich die Empörung im Volk, vor wenn ein namhafter Politiker diesen Vorschlag machen würde.

Sehr deutlich kann man die paternalistische Denkweise spüren, die Herr Thiel in seinem Artikel zum Ausdruck bringt. Hin- und hergerissen zwischen sozialistischen und liberalen Gedankengut ist ihm das Recht auf Arbeit wichtiger als das Recht auf Faulheit, welches er allen Menschen abspricht. Aber ohne das Recht auf Faulheit kann es kein Recht auf Arbeit geben, sondern nur eine Pflicht zur Arbeit, also Zwangsarbeit.

Ich habe in meinem Artikel »Gerechte Verteilung – Arbeit« das Thema Bürgergeld angerissen und auch versucht, deutlich zu machen, daß auch Einkommen aus verzinslich angelegtem Geld ein arbeitsloses Einkommen ist, was

mittlerweile mehr als 30 % der Wirtschaftsleistung Deutschlands umverteilt, also ein mehrfaches dessen was ein bGe kosten würde.

Schon 1962 hat Milton Friedman in seinem Buch »Kapitalismus und Freiheit« ein Grundeinkommen als Alternative zu Mindestlöhnen vorgestellt. Friedmans Grundeinkommen ist als negative Einkommensteuer konzipiert.

Erklärung: Gilt für Einkommen ein Steuerfreibetrag von 1.000 Euro und beträgt der Zuwendungssatz 50 %, dann beträgt das maximale Grundeinkommen 500 Euro. Verdient jemand monatlich 800 Euro, hat er, bei linearem Zuwendungssatz, Anspruch auf 100 Euro Einkommenszuschuß. Er hat also ein monatliches Einkommen von 900 Euro. Diese negative Einkommensteuer steht jedem zu, auch Kindern, also praktisch ein Kindergeld.

Das Grundeinkommen ist ein Versuch alle Menschen eines Landes an den Segnungen der Arbeitsteilung zu beteiligen, auch jene, welche aufgrund der Produktivitätsfortschritte aus dem aktivem Erwerbsleben ausscheiden mußten. Bei der enormen Spezialisierung ist es heute schwierig genug Fachkräfte zu finden um die Arbeitszeit allgemein zu senken, außerdem ist im Informationszeitalter nicht jeder Ingenieur durch einen anderen beliebig austauschbar.

Auch wenn ich mich hier wiederhole, ich bin der Meinung, daß die Umverteilung des Geldes durch Zinsen die Probleme verursacht.

ANDY LOSCH

AfA Brandenburg:

Nein zur Privatisierung der Bahn

In seiner März-Sitzung beschloß der Landesvorstand der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD Brandenburg für den AfA-Bundeskongreß (18.-20. April in Kassel) einen Initiativantrag gegen die Bahnprivatisierung vorzubereiten. Damit soll der Parteivorstand der SPD aufgefordert werden, sich an die Beschlüsse des Hamburger SPD-Parteitag zu halten und keiner Heuschreckenprivatisierung der Deutschen Bahn AG Vorschub zu leisten.

Unbeirrt davon will Bahn-Chef Mehdorn, zusammen mit den Ministern Tiefensee, Steinbrück und Steinmeier, die Privatisierung der Bahn durch die Bildung einer Holding durchsetzen. Alles hinter dem Rücken der SPD und unter Umgehung des Deutschen Bundestages. Der Privatisierungsprozeß sieht die Zerschlagung der Einheit des Unternehmens und die Organisation der Trennung von Netz und Betrieb vor. Öffentliches Kapital soll weit unter Wert abgegeben und das in Generationen aufgebaute gemeinschaftliche Vermögen verschleudert werden. De facto wird damit das Volk, ohne von seinen politischen Vertretern gefragt zu werden, enteignet.

Der Hamburger SPD-Parteitag hat der Privatisierung der Bahn – entsprechend dem Willen der großen Mehrheit der SPD-Mitglieder, 70 % der Bevölkerung und der Gewerkschaften – eine klare Absage erteilt. Dieser SPD-Bundesparteitagsbeschuß muß nun strikt eingehalten werden. Ich wende mich gegen Versuche, mit einem Holding-Modell die Privatisierung der Bahn und ihre Auslieferung an die Renditeinteressen von Großinvestoren hinter dem Rücken der SPD-Mitglieder, unter Ausschaltung des SPD-Parteitages und des Deutschen Bundestages voranzutreiben. Richtigerweise hat Berlins Regierender Bürgermeister Wowereit (SPD) vor »falschen Kompromissen« gewarnt. Danach ist ein Verkauf von Teilen des Unternehmens nicht mehr umkehrbar. Das Holding-Projekt könne deshalb nicht »einfach mal ausprobiert« werden.

Aufzugsrichtlinie als Mogelpackung

Zur Zeit werden im Rahmen der Aufzugsrichtlinie im Land Brandenburg Aufzüge gefördert, die nur noch als barrierearm, also gerade nicht als barrierefrei, gelten. Das bedeutet, daß diese Aufzüge auf halber Treppe halten und die Bürgerinnen und Bürger doch noch Treppen steigen müssen, um zu ihren Wohnungen zu gelangen.

Der Minister für Raumordnung und Infrastruktur spielte das Problem in der Ausschußsitzung im Landtag herunter. Menschen, die aufgrund des Alters oder der Behinderung keine Treppen steigen können, müssen umziehen. Und wieder trifft es die Schwächsten!

Laut einem Gutachten der Länder ist der Gesetzentwurf zur Teilprivatisierung der Deutschen Bahn verfassungswidrig. Darin wird insbesondere die geplante Trennung von juristischem und wirtschaftlichem Eigentum am Schienennetz scharf kritisiert. In der Expertise heißt es zudem, daß der Versuch, die verfassungsrechtlichen und wirtschaftlichen Zielsetzungen in Einklang zu bringen, einer Quadratur des Kreises gleich kommt. Als sehr bedenklich wird auch der hohe Wertausgleich von derzeit 7,5 Milliarden Euro eingeschätzt, wenn der Bund nach 15 Jahren das wirtschaftliche Eigentum am Schienennetz zurückkaufen möchte. Dann darf die öffentliche Hand das Netz zweimal bezahlen. Auch das Volksaktienmodell würde teilweise hinter die Gemeinwohl-Anforderungen des Grundgesetzes zurückfallen.

Die Bahn muß, ohne sie dem Profitstreben der Kapitalmärkte auszuliefern, als Teil des Öffentlichen Dienstes in alleinigem öffentlichen Eigentum und unter öffentlicher Verantwortung erhalten bleiben und im Sinne ihrer Kernaufgabe neu ausgerichtet werden. Alle Mitglieder der Gesellschaft haben, unabhängig von Geldbeutel und Wohnort, ein Recht auf Mobilität. Eine Privatisierung würde vor allem massive Nachteile für viele bereits abgehängte Regionen und Kommunen bringen. Die Beispiele der maroden privatisierten Bahn in England und die in öffentlicher Hand befindliche bürgernahe und effiziente Bahn in der Schweiz sprechen eine deutliche Sprache.

Abschließend möchte ich auf die Internetseite www.campact.de verweisen. Hier kann man sich in einer 5-Minuten-Info über die negativen Auswirkungen der Bahnprivatisierung bestens informieren und einen Appell gegen dieses Vorhaben unterzeichnen. Jede Stimme zählt!

Dr. ANDREAS STEINER,
Mitglied des Landesvorstand der AfA Brandenburg und Vorsitzender der AfA Barnim

Sollten doch gerade damit Umzüge vermieden werden.

Um nun die Förderungen auf eine rechtliche Grundlage zu stellen, soll die Förderrichtlinie angepaßt werden. Damit kann das ursprüngliche Ziel, Barrierefreiheit herzustellen, nicht erreicht werden. Das, was draufsteht, muß noch lange nicht drin sein. Diese bittere Erfahrung mußte ich in der Ausschußsitzung leider machen. Der angebotene Workshop wird die damit entstandenen Probleme zwar nicht lösen können, aber er kann für das Thema sensibilisieren.

INGEBORG KOLODZEIKE

Kein Genmais im Barnim

Auch im Anbaujahr 2008 wird Brandenburg wieder trauriger Spitzenreiter sein. Fast die Hälfte der bundesweit angebauten 4.380 Hektar Genmais wachsen auf märkischem Boden (93 Felder mit 2.078 Hektar). Besonders betroffen sind die Landkreis Märkisch-Oderland und Oberhavel.

Doch wie das kleine gallische Dorf von Asterix leistet der Barnim immer noch Widerstand! Die umtriebenen Machenschaften von Monsanto, BASF und Bayer Crop Science haben bei uns keine Chance.

Seit diesem Jahr wird der Genmais-Anbau klarer geregelt. 150 Meter Abstand muß zu normalem Mais, 300 Meter zu Bio-Mais gehalten werden. Das hat die Bundesregierung am Anfang des Jahres in einer Verordnung festgeschrieben. Damit soll sichergestellt werden, daß sich Genmais und gentechnikfreier Mais nicht vermischen. Allerdings ist vielen Expertinnen und Experten zufolge genau das nicht gesichert. Das Gegenteil ist viel wahrscheinlicher! Mais kann sich weit über 1.000 Meter ausbreiten und andere Maispflanzen bestäuben. Das hat eine Studie des Landesumweltamtes erst kürzlich bestätigt.

Anscheinend mißtrauen auch die Barnimer Landwirtschaftsbetriebe dem Genmais MON 810. Dieser hilft gegen den Maiszünsler. Das ist ein kleiner Schmetterling, der erhebliche Schäden an den Pflanzen ausrichten kann. Allerdings kommt er im Barnim fast nicht vor und wenn, dann gibt es auch andere Möglichkeiten den kleinen Schädling zu bekämpfen. Die einfachste ist das Pflügen, so wurde das zu DDR-Zeiten immer gemacht. Aber heutzutage wollen die Landwirtschaftsbetriebe Diesel und Arbeitsstunden einsparen. Und darauf setzt Monsanto mit seinem Genmais.

Es handelt sich also nur um einen weiteren Schritt zu mehr Arbeitslosigkeit auf dem Lande. **Kapitalintensives Saatgut von Monsanto ersetzt Arbeitsstunden von Menschen aus dem Dorf.**

Im Barnim nimmt der Widerstand gegen die Agro-Gentechnik kontinuierlich zu. Seit Mitte der 90er Jahre ist das »Barnimer Aktionsbündnis gegen Gentechnik« aktiv. Seit 2005 ist die Stadt Eberswalde eine »gentechnikfreie Kommune« und seit wenigen Wochen hat sich auch die Stadt Bernau kritisch gegen die Agro-Gentechnik ausgesprochen. Mehrheitlich rufen die Stadtverordneten die Bernauer Landwirte und Verpächter von landwirtschaftlichen Flächen auf, sich zur gentechnikfreien Produktion zu bekennen. Es sollen keine gentechnisch veränderten Pflanzen angebaut werden und auf gentechnisch veränderte Futtermittel sei zu verzichten.

Die Linke und die Grünen kritisieren den Genmais schon seit langem. Wann sind auch die anderen Barnimer Partei soweit, einen gentechnikkritischen Beschuß im Kreistag zu verabschieden?

CHRISTIAN REHMER

Erinnerungen an eine dramatische Zeit (Teil I)

Mein Jahr Achtundsechzig

Der Westen: Aufbruch gegen Krieg, Imperialismus und konservative Strukturen

Als politischer Begriff meint diese Jahreszahl eigentlich die west-östlichen Krisenjahre 1967 bis 1969/70. Damals bildeten mehr noch als 1953 sehr verschiedenartige Prozesse ein dichtes Knäuel, das nur durch einschneidende gesellschaftliche Veränderungen aufzulösen war. Neu war an dieser Situation, daß tatsächlich West wie Ost gleichzeitig von tiefgehenden gesellschaftlichen Krisen betroffen waren, wenn auch nicht in gleicher Weise.

Kulturkampf, Remilitarisierung, kruder Ökonomismus, Revanchismus, Minoritätenhetze. Es war die Zeit, in der Bert Brecht mit Horst Wessel verglichen wurde (vom Außenminister der BRD), in der Pläne eines Atomminengürtels an der Grenze zur ›Sowjetzone‹ diskutiert wurden, in der Bundesminister die Rückeroberung der deutschen Ostgebiete forderten, in der tausende Kommunisten verhaftet, Bücher beschlagnahmt und Filme zensiert wurden.« So charakterisiert der Verleger Klaus Wagenbach im Nachwort zu seinem Ulrike-Meinhof-Buch den »CDU-Staat«.

In Meinhofs Aufsätzen für die Zeitschrift »konkret« ist nachlesbar, was die Wurzeln von Achtundsechzig waren: Seit 1960 erwärmte sich die SPD für die Notstandsgesetze. Seither wuchs der Protest auf den Straßen. Ostermarsch 1960: 2.000 Teilnehmer; 1962: 50.000. Und: die geschonten Nazis. Im Gerichtssaal notierte die Meinhof 1964, sie habe »nie so viele ehemalige SS-Leute auf einmal gesehen wie im Zeugenstand des Karl-Wolff-Prozesses, die ihren C&A-Anzug auf kantigen Schultern tragen, immer noch die Hacken – jetzt lautlos – zusammenschlagen, statt Ja 'Jawoll' sagen und sich dann ... vor dem Angeklagten verbeugen...« [SS-Obergruppenführer und General der Waffen-SS a.D. Wolff war persönlicher Adjutant Himmlers, oberster Polizeiführer in Italien, Verbindungsmann zu Hitler – R.R.J. Schließlich der Vietnamkrieg und die westdeutschen Meinungsmacher (1966): »... veröffentlicht DIE WELT nur 8 Zeilen über die 120-Zeilen-Erklärung der Schriftsteller und Hochschullehrer gegen den Krieg in Vietnam, dafür aber ... dreimal eine Serie von Leserbriefen gegen die praktisch unveröffentlichte Schriftstellereklärung.« Das war der Mix, aus dem der innenpolitische Sprengstoff entstand.

Das Jahr 1967 begann im April mit dem brutalen Putsch der »Schwarzen Obristen« in Griechenland. Im Juni folgten die Massenproteste gegen den Besuch des Schah in Westberlin, bei denen der Student Benno Ohnesorg erschossen wurde. Während seiner Überführung in die westdeutsche Heimat standen FDJ-Studenten an der Strecke Spalier. Zwischen der linken westdeutschen Studentenorganisation SDS, die auch die Proteste gegen den Vietnam-Krieg anführte, und der FDJ bestanden damals enge Kontakte. Die »Ho-Ho-Ho/Chi-Minh«-Sprechchöre beherrschten die großen Kundgebungen im Westen. Als im Oktober die Militärdiktatur in Bolivien Che Guevara ermorden ließ, wurde er neben Ho

das zweite Symbol des Kampfes gegen den Imperialismus. Im Juni hatte sich der Sechs-Tage-Krieg ereignet. So entdeckte die westdeutsche Linke die Palästinenser als Verbündete und Israel als Kumpan des USA-Imperialismus (obwohl es das schon lange vorher war). Im Frühjahr 1968 spitzte sich die Situation zu. Universitäten und Staat setzten auf Repression, aber bedeutende Teile der fortschrittlichen Intellektuellen traten an die Seite der Jugend. Namen wie die der Professoren Robert Jungk, Renate Rienäcker, Walter Jens, des Theologen Helmut Gollwitzer, des Schriftstellers Heinrich Böll, des Dichters Erich Fried, des Publizisten Erich Kuby können für viele andere stehen, unter den Jüngeren auch Ulrike Meinhof. Aus der Studentenbewegung selbst gingen neue Sprecher hervor wie in Frankreich Cohn-Bendit, in Deutschland Rudi Dutschke.

Dann im April das Attentat auf Dutschke. Die Szene explodierte. Der Springer-Konzern, in dessen Gazette zu diesem Anschlag unverhohlen ermuntert worden war, wurde boykottiert, sein Sitz belagert, seine Lieferautos gingen in Flammen auf. Die Losung »Enteignet Springer!« meinte Begrenzung aller Presseauflagen auf 500.000, denn, so die Meinhof, »jeder Versuch der Redemokratisierung, der Bildung urteilsfähiger Bürger« müsse an Springer scheitern, nicht weil er seine Macht mißbrauche, »sondern vor allem, weil er sie hat.« Die Wirksamkeit der Anti-Springer-Kampagne konnte ich selbst beobachten. Auch mein Institut bezog naturwissenschaftliche Bücher und Zeitschriften höchster Qualität von dem renommierten Wissenschaftsverlag Springer. Dieses Weltunternehmen mit Filialen in New York, später auch in Toronto, Sidney und Melbourne, legte fortan seinen Erzeugnissen hübsche Kärtchen bei, auf denen es seinen Kunden, also den akademischen Eliten, versicherte, es habe keiner-



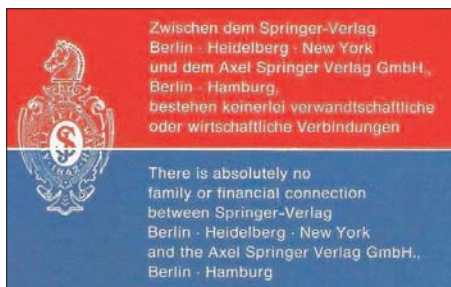
Rudi Dutschke

lei Beziehungen zu dem Zeitungskonzern des Herrn Axel Cäsar Springer.

Noch vor dem Anschlag auf Dutschke geschah im April in Memphis/USA der Mord an Martin Luther King. Gleiche Mittel hier wie dort gegen Massenbewegungen, die die Herrschaft der Eliten bedrohten. Die Wirkung war ähnlich wie in Westdeutschland, nur viel gewaltiger. In vielen Großstädten der USA brannten die Ghettos. Die schwarze Bürgerrechtsbewegung, unter Luther Kings Führung phantasievoll und militant, aber gewaltfrei, differenzierte ihre Aktionsformen. Ein radikaler Flügel nahm den »Kampf gegen das System« auf. Außerdem fanden nun große Teile der schwarzen Bürgerrechtler zur Antikriegsbewegung. Das um so mehr, als im Juni der aussichtsreiche demokratische Präsidentschaftskandidat Robert Kennedy ermordet wurde. Angeblich hätte das Establishment Bob Kennedy, ehemals Justizminister seines Bruders, den Versuch zugetraut, mit den Mördern von John F. abzurechnen. Ob er das gewollt hat oder nicht – die Tat zeigte eine gesellschaftliche Krise an, in der rechte Extremisten der inneren Zirkel der USA zu jeder Schandtat bereit waren. Wir sollten festhalten, wo – weit vor der zweiten RAF-Generation und dem »Deutschen Herbst« – der Ursprung dieser ersten Terrorwelle zu suchen war: jedenfalls nicht bei der APO und der »Bader-Meinhof-Bande«. Das entschuldigt die Linksextremen nicht, aber es rückt die Verhältnisse zurecht.

Ich war eigentlich kein »Achtundsechziger«, obwohl altersmäßig für die jungen Leute gerade noch tolerabel. »Trau keinem über dreißig!« – bis zu dieser Schwelle fehlten mir wenige Monate. Der Zorn auf die »Väter« war in Westdeutschland verständlich, in den USA auch, wo selbst dem Kriegsminister McNamara sein eigener Sohn als Friedensaktivist gegenüberstand. Doch bei uns? Die Rebellion der intellektuellen Jugend des Westens hatte aber meine volle Sympathie. Dafür standen die Momente Antiimperialismus (der Protest gegen den Schahbesuch und den ausufernden Vietnamkrieg) und Antifaschismus (der Protest gegen die in der Bundesrepublik etablierten postfaschistischen Eliten), Antirassismus (die schwarze Bürgerrechtsbewegung in den USA und in Südafrika), Frieden und Abrüstung (gegen Atombewaffnung).

Ich bekam gelegentlich auch Kontakt zu Vertretern der Studentenbewegung. Von Eberswalde aus fuhr ich häufig nach Berlin, der dortigen Bibliotheken wegen. Um den Grenzübergang Friedrichstraße herum traf man die verschiedensten Leute, Oppositionelle aus Iran und anderen Brennpunkten des antiimperialistischen Kampfes und westdeutsche Studenten, die sich für die preiswerte marxistische Literatur in dem kleinen Laden am Bahnhof Friedrichstraße interessierten. Von einem erhielt ich ein Flugblatt aus der Frankfurter linken Szene: »Kampf gegen die Notstandsgesetze der Universitäten.« Das war schon nach der An-



Springer-Verlag distanziert sich vom Springer-Verlag

nahme der Notstandsgesetze (30. Mai 1968), nach dem Höhepunkt der Studentenproteste in Frankreich, den USA und Westdeutschland. Der Text wendete sich zwar auch an Gewerkschafter und Studenten, seine Sprache war aber überwiegend nur politisierten Studis verständlich. Darin lag auch eine der Grenzen des studentischen Aufbruchs. Sie fanden keine gemeinsame Sprache mit den Arbeitern, deren Kampf unter Kontrolle der reformistischen Gewerkschaften blieb. In dem Flugblatt ging es um den Fall des Iraners Taheri, dem in Frankfurt die Immatrikulation verweigert wurde, um die »Administration [der Uni], deren Gummiknüppel die Relegation ist«, um den »Kampf gegen die Notstands-Universität« als »Kampf für eine selbst-organisierte Wissenschaft.« Der spontane Ausbruch der Studentenproteste zwischen Sommer 1967 und Mai 1968 hatte zu einer Aufrüstung der Repressionsorgane des westdeutschen Staates geführt, die mit dem, was man dort unter Demokratie verstand, kaum noch vereinbar war. Als Antwort darauf radikalisierte sich die Szene und man spürte bereits die Entwicklung aus der militanten APO heraus zur RAF: »Es ist auch falsch, die Gewaltsituation mit Kategorien des Anstandes und des Wohlverhaltens zu beantworten... Ein abstrakter Verzicht auf Gewalt kann nur bedeuten, daß bestehende Gewalt und Macht faktisch unterstützt wird. BULLEN RAUS!! RUEGG RAUS!«

In Frankreich kam es zu einer ernsten Krise. Im Mai 1968 beherrschten eine Woche lang Barrikaden und Kämpfe mit der Polizei das Quartier Latin, und ein erfolgreicher Generalstreik demonstrierte die Kraft der Gewerkschaften. Aber dann folgte der Katzenjammer: ein haushoher Sieg der Rechten bei den Kammerwahlen. Die Diktatur der Bourgeoisie war nicht gefährdet. Damit war der Höhepunkt der Revolte in Westeuropa überschritten. In Westdeutschland wurde schon seit dem Dutschke-Attentat die Heterogenität und Orientierungslosigkeit der Studentenbewegung deutlich. Ihre Anhänger paßten sich an - nichts anderes war der »Marsch durch die Institutionen« - oder versickerten in isolierten radikalen Grüppchen.

ROLF RICHTER

Quellen:

Stefan AUST, Der Bader-Meinhof-Komplex. Hamburg 1985; Karsten FISCHER, Protestbewegung und Linksterrorismus - eine kausale Beziehung?. In: Zeitschr. f. Geschichtswiss. 43, 432, 1995; Ulrike MEINHOF, Die Würde des Menschen ist antastbar. Mit einem Nachwort von Klaus Wagenbach. Berlin 1994.

Die Linke Barnim will Kreiswahlprogramm beschließen:

»Thema Umwelt darf nicht fehlen«

Eberswalde (bbp). Die Mitglieder der Barnimer Linken treffen sich am 5. April im Eberswalder Hotel »Finesse«, um ihr Kreiswahlprogramm zu den Kommunalwahlen am 28. September zu beschließen. Die Kommunalpolitik wird im Programmentwurf als eines der wichtigsten Betätigungsfelder der Partei bezeichnet. Konkret sind vier Themenbereiche aufgelistet. Dazu gehören »Eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung, die Arbeit schafft und sichert, von der man selbstbestimmt leben kann«, »Gleichwertige Lebensbedingungen in allen Barnimer Gemeinden«, »Gleichberechtigtes Zusammenleben von Generationen und Menschen unterschiedlicher Herkunft« sowie »Bürgernähe und moderne Verwaltung«.

Die Mitglieder der AG Umwelt (AGU) bei der Barnimer Linken haben inzwischen angekündigt, daß sie am 5. April eine Ergänzung zum Wahlprogramm vorschlagen werden. »Das Thema Umwelt«, sagt AGU-Sprecher Christian Rehmer, »kommt im Programmentwurf nur selten vor. Vieles wird gar nicht angesprochen. Das wird der Bedeutung des Themas nicht gerecht.« Daher solle dem Kreiswahlprogramm ein fünftes Kapitel mit der Überschrift »Intakte Natur und lebenswerte Umwelt« angefügt werden.

»Der Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist eine globale Aufgabe, die lokales Handeln erfordert«, heißt es in dem Programmteil der AGU. Soziales, Ökologie und Ökonomie müßten immer zusammen gedacht werden. Eine umweltverträgliche, gentechnikfreie Landwirtschaft sowie die Stärkung regionaler Wirtschaft- und Stoffkreisläufe seien für diese Ziele unverzichtbar. Zu den Zielen gehören ferner naturnahe, artenreiche und vielfältige Wälder

statt monotoner Forsten, die Gewährleistung der höchsten technischen Standards bei ökonomisch-ökologisch verantwortbarer Standortwahl für den Bau von Industrieanlagen, die Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs bei konsequentem Ausbau weiterer umweltfreundlicher Verkehrsangebote und gleichzeitiger Reduzierung der umweltschädlichen Auswirkungen des Autoverkehrs, der Auf- und Ausbau umweltfreundlicher Energieversorgung bei gleichzeitiger Reduzierung des Energieverbrauchs und der Erhöhung der Energieeffizienz, der verantwortungsvolle Umgang mit unversiegelter und un bebauter Fläche sowie der Ausbau naturverträglicher Tourismus- und Naherholungsangebote, speziell für den Fuß-, Rad- und Wassertourismus. Zur Umsetzung dieser Ziele werden eine Reihe von Maßnahmen vorgeschlagen, wie z.B. der Ausbau und die Pflege des Radwegenetzes, die Sicherstellung und der Ausbau des ÖPNV mit Einführung eines Sozialtickets, die Nutzung von Ökostrom in öffentlichen Gebäuden oder die Unterstützung der gentechnikfreien Regionen »Uckermark-Barnim« und »Barnim-Pankow«. Auf zusätzlichen Straßenbau solle verzichtet werden, ebenso auf unnötige Ausweisung von Neubaugebieten, wenn innerstädtische Baulücken aufgefüllt werden können.

In einem zweiten Änderungsantrag widmet sich die AGU dem Flugplatz Finow. Die im Kapitel 1 des Programmentwurfs enthaltene Forderung »bedarfsgerechter Ausbau des Flughafens Eberswalde-Finow ohne kommunale Gelder« soll durch den Text ersetzt werden: »Kein Ausbau des Verkehrslandeplatzes Eberswalde-Finow zum Regionalflughafen«.

Wider die roten Rotten!

Es wird noch Zeitchen dauern, bis Gysi als Kanzler vereidigt wird. Aber die freie Presse gebärdet sich, als stehe der Sturm aufs Regierungsviertel unmittelbar bevor. Da läßt sich auch die »SUPER-ILLU« nicht lumpen, die sich gern als die gute Tante der Ossi ausgeben und normalerweise von Details aus dem Intimleben der Dagmar F. lebt, die, wie wir zu wissen kriegten, den Liebesakt auf ihren Küchenmöbeln vollzieht, falls der Gatte nicht gerade dabei ist, seine Kraft am Gegner im weltberühmten Betrugsprozeß auszulassen.

Normalerweise ... Aber itzo, da Gefahr im Verzuge und die rote Republik eine baldige Tatsache ist, zieht die liebe Tante blank. Im Muster eines Lehr- und Lernbuchs für Nachhilfeschilder pickt sich das selbsternannte Zentralorgan für den Ostdödel linke Programmpunkte heraus, meist korrekt sogar, und läßt dann Widerleger und Teufelsaustreiber zu Worte kommen, die alle aus dem schwarzen Teil des »vielfarbigem« Spektrums stammen. Arbeitgeberverlautbarungen, Stimmen (un)abhängi-

ger Professoren, Sprachröhren des Kapitals. Einig sind sich die Draufhauer wie ein Mann: Chaos, Krise, weltweite Isolation, Abwanderung, Arbeitslosigkeit und Aufschwungverzögerung drohten, wenn die demagogischen, populistischen, naiven und SED-geprägten Linken auch nur ein Zipfelchen vom Mantel der Macht erwischen würden. Als ob all diese bösen Dinge die Schwarzroten bisher nicht allein geschafft hätten...

Besonders beschwören die Bosse und ihre Mauldiener die zu erwartende Flucht des Kapitals ins Ausland, was Arbeitsplätze koste und dem hiesigen Arbeiter, um dessen Interessen sich die Bosse bekanntlich heftig sorgen, somit schade. Wer also mit der Linken liebäugelt und auf die »Kommunisten« reinfällt, arbeitet direkt auf seine Kündigung hin. Daß deutsche Großunternehmen seit Jahren Milliarden im »kommunistischen« China investieren, Menschenrecht hin, Produktpiraterie her, steht auf einem anderen Blatt.

Dr. STEFFEN PELTSCH

Die schwedische Ostertradition ähnelt der Unseren. Bis auf einige Ausnahmen: Schon am Gründonnerstag, dem schwedischen »Skärtorsdag« (lieber Donnerstag), gehen die schwedischen Kinder einer sehr niedlichen Tradition nach. Jungen wie Mädchen verkleiden sich als »påskkäring« (Osterliebbling). Sie malen sich rote Wangen und schwarze Sommersprossen an, binden ein Tuch um den Kopf und nehmen eine Rute mit Federn oder einen Besen in die Hand. Ursprünglich soll die Kleidung an eine Hexe erinnern. Am Abend gehen dann die Osterliebblinge um die Häuser, wünschen fröhliche Ostern und bekommen dafür Süßigkeiten, so ähnlich wie am Halloween. Der Karfreitag wird in Schweden als langer Freitag (Långfredag) bezeichnet. Wir bastelten an diesem Tag Osterdekoration, bemalten und färbten Eier. Der Samstag (Påskafton – Osternachmittag) wird in Schweden schon wie bei uns der Ostersonntag (Påskdagen – Ostertag) gefeiert. Der Ostermontag heißt in Schweden »Annandag Påsk« (zweiter Ostertag).

Es werden also schon am Ostersonnabend Ostereier gesucht und man isst gemeinsam den Osterbraten. Die Schweden (zumindest die kleinen) glauben auch, daß der Osterhase die Süßigkeiten bringt. Ich kenne es ja eher, daß man Osternester sucht, während hier in Schweden bunt bemalte Pappeier, die mit Süßigkeiten gefüllt, im Garten versteckt und dann gesucht werden.

Unsere »Begeisterung« war groß, als wir nun schon alle auf den Frühling eingestellt waren und dann wenige Tage vor Ostern Schnee fiel. Wir hatten zu Ostern und noch die Woche drauf eine wunderschöne Schneedecke, so daß ich sogar mit den Kindern Schlittenfahren konnte. So habe ich dieses Jahr Ostereier im Schnee gesucht.

Das schwedische Osteressen unterscheidet sich nur wenig vom schwedischen Weihnachtsessen. Eigentlich essen ja die Schweden zu jeder Möglichkeit Köttbullar (Fleischbällchen). Wenigstens in meiner Familie stand das aber zu Ostern nicht auf dem Tisch. Es wurde erst Fisch (wie schon zu Weihnachten: Lachs und Hering mit verschiedenen Soßen) gereicht, danach Lamm serviert und als Dessert (wie jeden Freitag und Samstag in meiner Familie) Eis.

Ich bekam vom »Osterhasen« eine CD vom »Melodiefestivalen«. Das Melodiefestival ist die größte, musikalische Veranstaltung die Schweden jedes Jahr auf die Beine stellt. Es handelt sich dabei um mehrere Ausscheidungsschows bei denen am Ende ein Sieger gekürt wird, der dann zum Eurovision Song Contest fahren darf. Die Schweden ziehen das ganz groß auf. Noch vor dem Dezember wird damit angefangen, Wettbewerbe in allen Teilen Schwedens durchzuführen. Die Teilnehmer die weiterkommen werden dann in mehreren Fernsehliveendungen dem Publikum präsentiert und schließlich über komplizierte Verfahren in die Entscheidungsshow in Stockholm eingeladen. Dort wurde dann Mitte März die

Ein Jahr in Schweden: Achter Monat – März

»FeGladPåsk! Fröhliche Ostern!«

Marie Lange arbeitet als Au Pair in einer schwedischen Familie. In der »Barnimer Bürgerpost« berichtet sie über ihre Erlebnisse und Erfahrungen. Ostern in Schweden bedeutete, neue Traditionen kennenzulernen. Weiterhin hatte Marie mit überhöhten Preisen, gemischten Gefühlen und Wetterumschwüngen im März zu kämpfen.



Gewinnerin gekürt. Das Finale des Melodiefestivals schauen fast alle Schweden. Das schwedische Fernsehen erzielt mit dieser Show die höchsten Einschaltquoten des ganzen Jahres. Es wird sogar mehr gesehen als die Donald Duck Filme am Weihnachtsnachmittag. Und für die Kinder gibt es das Minimelodiefestivalen, was dem »Kiddy Contest« sehr ähnelt.

Eines »meiner« Kinder bekam ebenfalls die CD vom Melodiefestivalen, seitdem läuft die Platte bei uns rauf und runter. Ich kann mittlerweile schon alle Teilnehmer, ihr Lied und unter welcher Nummer sie auf der CD laufen, auswendig.

Nach den vielen schönen Sachen nun zu den weniger erfreulichen Dingen. Wie wir ja alle wissen, hat Schweden extrem hohe Preise. Wenn wir mal Kaffee trinken und ein wenig Gebäck dazu knabbern wollen, dann wandern an die 10 Euro in die Kasse des Caféinhabers. In Deutschland könnte man sich dafür schon ein richtiges, wenn auch kleines Essen kaufen. Sehr »lustig« war jüngst der Besuch beim Frisör. Mein Haar hatte es wirklich mal wieder nötig. Im Herbst hatte mir eine schwedische Au pair (eine gelernte Frisörin) mit einer Küchenschere die Haare geschnitten (es sah dennoch wirklich gut aus). Nun wollte ich also zu einem richtigen Frisör gehen und bezahlte am Ende 120 Euro fürs Haarschneiden und Strähnen färben. Dabei sieht es nicht viel anders aus, als meine Frisur vom Herbst. Kurz vor Ostern mußte ich dann zum Arzt. Für eine Behandlung bezahlte ich 160 Euro und dazu kamen dann auch noch die Medikamente.

Für ein Au pair sind das sehr große Summen (bei einem Einkommen von ca. 300 Euro). Meinen letzten Schwedischkurs habe ich auch schon selber bezahlt. Pro Kurs sind das 210 Euro für ca. 5 Wochen a 5 Stunden in der Woche. Das Leben in Schweden ist wirklich teuer! Momentan ist bei uns Au pairs hier echt der Wurm drin. Seit Sarah im Januar gegangen ist, hat man das Gefühl, daß alles nur noch den Bach runtergeht. Die Stimmung, die wir im ersten halben Jahr hatten, ist verändert.

Es macht teilweise keinen Spaß mehr. Nicht das arbeiten, nicht die Menschen, aber unsere Treffen mit Freunden werden einfach immer weniger. Man hat abends keine Lust mehr, noch zu den anderen zu gehen. Als Sarah noch hier wohnte, trafen wir uns alle immer bei ihr, da sie ein eigenes kleines Häuschen bewohnte.

Jetzt um Ostern herum hatten wir auch einen ganz schönen Reiseverkehr, viele meiner Freunde flogen nach Deutschland. Kaum ist die eine Freundin wieder zurück in Schweden, ist die nächste schon wieder in Deutschland. Es macht momentan wirklich nicht mehr so viel Spaß wie noch vor 3 Monaten. Nichtsdestotrotz hoffen wir alle, daß es sich bis zum Ende unserer Zeit hier noch ändert und freuen uns auf das Frühjahr und den Sommer. Dann können wir endlich wieder raus in die Schären fahren.

Die Natur in Schweden ist unbegreiflich schön. Und wir (meine Freunde und ich) sind auch der Meinung, daß die »Beleuchtung« hier besser ist als in Deutschland. Wenn die Sonne hier scheint, dann sieht alles sofort wunderschön, wie gemalt, wie auf einer Postkarte aus. Wir denken, daß es vom anderen Stand der Sonne kommt, denn wenn die draußen ist, ist es auch sofort viel wärmer. Ich freue mich schon wieder darauf, wenn ich stundenlang am Wasser sitzen und den Segelbooten zusehen kann.

Ende März werde ich meinen 2. Kindergeburtstag feiern (Oscar wird 6). Ich freue mich schon darauf und ich hoffe mal, das es uns gelingen wird im April eine Stimmungsänderung hinzubekommen.

Ach und ein weiteres »Ostergeschenk« bekam ich noch war: Haarlausbefall (schwedische Läuse versteht sich) der die gesamte Familie »begeisterte«. Anna hatte die unliebsamen Gäste aus dem Kindergarten mitgebracht (als Kindermädchen – »barnflicka« – muß man auch damit umgehen können, aber Masern wären wohl schlimmer).

Verspätete Ostergrüße aus Schweden!

Hejdå MARIE

Kreditrating - verlässlich unzuverlässig

Aus aktuellem Anlaß geht es im aktuellen Beitrag zum Jahr der Mathematik um eine wichtige Anwendung der mathematischen Statistik in der Finanzwirtschaft.

Viele Zeitungsmeldungen in den vergangenen neun Monaten bezogen sich auf die sogenannte beginnende Finanzkrise. Eine moderne kapitalistische Volkswirtschaft ist auf Kredite angewiesen. Banken müssen in diesem Wirtschaftssystem mit dem Ausreichen von Krediten Geld verdienen. Sie erwarten, daß vom Kreditnehmer der gewährte Kredit in voller Höhe und termingerecht bedient wird.

Deshalb wird vor der Gewährung des Kredites die Wahrscheinlichkeit der Kreditbedienung, bzw. des Kreditausfalls geschätzt. Die Prozesse zur Schätzung dieser Ausfallwahrscheinlichkeit sind Verfahren der mathematischen Statistik, und werden als *Kreditrating* bezeichnet. Als Datengrundlage für solch ein Rating dienen die gespeicherten Kundendaten des ausreichenden Kreditinstituts, bzw. einer Bankengruppe, der das ausreichende Kreditinstitut angehört. Im Ergebnis der Kreditwürdigkeitsprüfung können sowohl die Entscheidung kreditwürdig, nicht kreditwürdig, als auch die Entscheidung über die Einordnung in eine Stufe der Kreditwürdigkeit (Bonität) stehen.

Diese Zielgröße gilt es zu schätzen. Zur Anwendung kommt dabei das Verfahren der allgemeinen linearen Regressionsanalyse. Als Einflußgröße für diese verallgemeinerte lineare Regressionsanalyse zählen solche Daten, wie z.B. bestehendes Konto bei einer Bank, Laufzeit des Darlehens, bisherige Zahlungsmoral, Verwendungszweck, Darlehenshöhe, Beschäftigungsstatus, Ratenhöhe in Bezug auf das Einkommen, Familienstand, Geschlecht, weitere Schulden, Wohndauer in der jetzigen Wohnung, Alter, weitere Kredite, Wohnungseigentum, Beruf, Telefon, Gastarbeiter, Unterhaltspflicht.

Dabei handelt es sich immer um die Daten eines zurückliegenden Zeitabschnittes. Welche konkreten Daten dann in das jeweilige Modell des Kreditgebers einfließen, ist Geschäftsgeheimnis. Sogar der bearbeitende Bankange-

stellte kennt nur in Ausnahmefällen das angewendete Risikomodel und dessen Parameter.

Das Ergebnis einer linearen Regression ist eine reelle Zahl, welche bei dem hier vorliegenden Problemen als Score bezeichnet wird. Diese Scorewerte werden dann auf eine Ordinalskala transformiert, den Bonitätsklassen. Dabei wünscht man sich eine möglichst hohe Trennschärfe, d.h. Entscheidungen, bei denen der Scorewert durch geringe Störungen in den Einflußgrößen stark variiert, und demzufolge eine Einordnung in die Bonitätsklasse instabil ist, sollen vermieden werden.

Gegenstand mathematischer Forschung ist die Verbesserung der Schätzung von Parametern im verallgemeinerten linearen Regressionsmodell. In der BRD erfolgen diese Forschungen an der Ludwig-Maximilians-Universität in München bei Prof. Ludwig Fahrmeir.

Das Kreditrating ist sehr sorgfältig erforscht. Die zum Einsatz kommenden mathematischen Verfahren sind bestens erprobt. Das Ergebnis ist von hoher Qualität. Trotzdem werden diese Verfahren von Verbraucherschützern und BRD-Politikern völlig zu Unrecht kritisiert. Oft wird das Verfahren des Kreditratings als objektives Verfahren bezeichnet, um die Kreditwürdigkeit des Kreditnehmers zu messen. Das ist es aber nicht. Das Verfahren modelliert die Sicht der Bank, oder der Bankengruppe auf den Kunden. Es gibt Banken mit vermögenden Kunden, bei denen nichtvermögende Kunden keinen Kredit erhalten, obwohl sie bei einem Mitbewerber einen Kredit erhalten würden.

Das Kreditrating prognostiziert nur die Ausfallwahrscheinlichkeit auf Grund historischer Daten. Es ist in der Aussage wirkungslos bei unvorhergesehenen Ereignissen oder Störungen des Marktes. Ebenso kann man nicht erwarten, daß im Falle eines bewußten Verstoßes gegen das Ergebnis vom Kreditrating eine verlässliche Aussage erzielt wird.

Dr. ULRICH POFAHL

Fachvortrag über »Wölfe in Brandenburg«

Die Fachgruppe »Zukunft Wolf« vom NABU Kreisverband Barnim e.V. lädt am 15. April zu einem Fachvortrag zum Thema »Wölfe in Brandenburg« in den Plenarsaal des Kreishauses am Markt ein. Den Vortrag hält Dr. R. Möckel, der in den Kreisen Oberspreewald-Lausitz, Spree-Neiße und Cottbus als Wolfsbetreuer tätig ist. Dr. Möckel wird unter anderem zur historischen und aktuellen Entwicklung des Wolfsbe-

standes in Brandenburg, speziell in Südbrandenburg, sprechen. Desweiteren geht es um Wolfssichtungen und gängige Nachweiskriterien sowie um Auswirkungen auf die Jagd und Schutzmaßnahmen für betroffene Tierhalter. Die Veranstaltung beginnt um 19 Uhr. Der Eintritt ist frei.

KATHARINA WEINBERG,
Leiterin der Fachgruppe »Zukunft Wolf«

Programmdiskussion bei den Linken

Am Montag, dem 7. April 2008 findet um 19 Uhr die nächste politische Diskussionsveranstaltung des Stadtverbandes Bernau der Partei DIE LINKE im Rahmen der Reihe DRAUFSICHTEN, ANSICHTEN, EINSICHTEN statt. Der Ort ist wie immer der Club Treff 23 im Kulturhof Bernau, Breitscheidstraße 43a. Thema wird sein: »Schwerpunkte der Programmdiskussion der LINKEN«. Gast ist Prof. Dr. Heinz Niemann. Alle Bürgerinnen und Bürger von Bernau und Umgebung sind sehr herzlich eingeladen.

Dr. HEINZ SCHÄFER

»Ameisen an den Wänden«

Ein Schlager wurde die Eröffnung der Ameisenausstellung im Museum in der Adler-Apotheke und ein Schlager ist die Ausstellung in den Wochen danach geblieben, wie die in der Lokal-Presse erschienenen Beiträge und Bilder beweisen.

Es ist der Akribie und engagierten langfristigen Vorbereitung der Mitglieder der Brandenburgischen Ameisenschutzvereins e.V. (ASW), ihrer Vorsitzenden, Frau Dr. Katrin Möller, unterstützt insbesondere von Frau Braunschweig, zu verdanken, daß die Ausstellung zu einem solchen beachtlichen Erfolg wurde. Nicht zuletzt haben die fachlichen Vorbereitungen bei der Museumsleitung mit Frau Schönfelder und Frau Klitzke ein starkes Interesse geweckt, ohne das die Durchführung in der jetzt sichtbaren Form kaum möglich gewesen wäre. Schon die Enthüllung der auf das Ereignis hinweisenden überdimensionalen »Eisernen Ameise« des Eberswalder Metallkünstlers Eckhard Herrmann, die der Bürgermeister, Herr Friedhelm Boginski, persönlich in einem feierlichen Akt am 6. März vornahm, ließ das Besondere der Ausstellung, die bis zum 29. Juni mit vielen Aktionstagen für Groß und Klein läuft, erahnen.



Nachgestalteter Ameisenhaufen mit Tieren, die von den Ameisen »bedient« werden.

Hunderte Besucher waren inzwischen nicht nur Betrachter, sondern auch Mitwirkende der Ausstellung (Malwettbewerb). Den Mittelpunkt bildet – wie angekündigt – die wohl weltweit einmalige Ausstellung des »Nicht-Nur-Briefmarkensammlers« J. Beck aus Niedersachsen »Strategische Riesen auf der Briefmarke«, die rund 500 Briefmarken mit Bezügen auf die schützenswerten Krabber an Wänden und in Vitrinen zeigt. Wer kann und möchte, sollte sich auch am 10. April, um 17 Uhr, den Vortrag des Eberswalder Zoologen, Prof. Dr. Ulrich Sedlag »Staunen über Ameisen« nicht entgehen lassen.

Daß Ihnen nicht Hören und Sehen bei all dem Schönen, Interessanten und Wissenswerten vergeht, wünscht der Verfasser dieses kleinen, als Dankeschön an die Organisatoren, Helfer und Sponsoren aufzufassenden Artikels.

HELMUT BRAUNSCHWEIG

Tag der Erneuerbaren Energie

Eberswalde (ekb/bbp). Mit einer Neuerung kann der diesjährige Tag der Erneuerbaren Energie am Sonnabend, den 26. April, aufwarten. Der Landrat Bodo Ihrke ist als Schirmherr gewonnen worden und ist auf dem professionell gestalteten Einladungsflyer mit einem Grußwort vertreten. »Der Ausbau der erneuerbaren Energien«, heißt es da, »ist neben der Senkung des Energieverbrauchs die einzige Möglichkeit, den Klimawandel langfristig abzumildern«.

Der Verein Energiesparkontor Barnim e.V. hat wie schon in den Vorjahren ein anspruchsvolles Programm zusammengestellt.

Im Kreishaus darf sich um 10 Uhr der Landrat präsentieren. Anschließend gibt es Vorträge zur Nutzung erneuerbarer Energien im Kreishaus, zur nachhaltigen Energienutzung als Bestandteil des Umweltmanagements der FH Eberswalde, zum Energiepaß für Wohn- und Gewerbeimmobilien, zur neuen Holzpelletfertigung am HOKAWE und zur Bürgervoltaikanlage auf dem Dach des Rathauses Eberswalde. Die Bürgervoltaikanlage und die Klima-/Energietechnik im Kreishaus können besichtigt werden. Außerdem gibt es im Kreishaus bis 16 Uhr eine Ausstellung von Firmen aus der Region zur Nutzung erneuerbarer Energien sowie von umweltrelevanten Studiengängen der FH Eberswalde.

Auch das Waldsolarheim und das Informationszentrum E.I.C.H.E. in der Eberswalder Brunnenstraße 25 haben an dem Tag geöffnet.

Neben Vorträgen rund um das Thema »Erneuerbare Energien« wird die Photovoltaikanlage und das Blockheizkraftwerk vorgestellt. Verschiedene Vorführungen, Kinderprogramm und Imbißangebot ergänzen das Programm.

In Trampe können zwischen 10 und 14 Uhr eine 1,5 MW-Windkraftanlage vom Typ MD 77 REpower bestiegen werden und die Produktionshalle für Windenergieanlagen besichtigt werden. Auch hier steht im Landhotel Trampe ein Imbißangebot bereit. Eine privat betriebene 3 kWp-Solarstromanlage kann von 12 - 14 Uhr in der Triftstraße 32 in Eberswalde-Westend besichtigt werden. Ab 13 Uhr gibt es eine Führung durch das HOKAWE und das neue Holzpelletwerk in der Angermünder Straße (Binnenhafen). Schließlich kann in Ostend die Deponiegasanlage besichtigt werden. Führungen gibt es um 10 und um 11 Uhr.

Der Tag der Erneuerbaren Energien findet im Gedenken an die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl jeweils am letzten April-Sonnabend statt.

Gedenkveranstaltung

Am 6. April, 10 Uhr, findet am sowjetischen Ehrenmal in Finow eine Kranzniederlegung zu Ehren der 1966 verunglückten Finower Piloten B.W. Kapustin und J.N. Janow statt. Die Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft und die AG Gedenkstätten Barnim/Bernau laden hierzu alle Bürgerinnen und Bürger ein.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)

Anspruch auf ein ermäßigtes Abo haben Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)

- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – Mehrbetrag gilt als Spende)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

2. Unterschrift Abonnent/in

- Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

Nachwuchsfilmpreis 2008

SEHquenz e.V. und das Eberswalder Kinder- und Jugendparlament rufen junge Filminteressierte zwischen 9 und 19 Jahren auf, ihre Filme zum 5. Nachwuchsfilmwettbewerb »Piggy« einzureichen. Jeder kann mitmachen! In diesem Jahr gibt es kein konkretes Thema. Damit sind eurer Kreativität keine Grenzen gesetzt. Der Film sollte eine Länge zwischen 1 und 20 Minuten haben. Einsendeschluß ist der 25. September. Alle Einsendungen werden auf dem 5. Filmfest Eberswalde am 5. Oktober im Paul-Wunderlich-Haus gezeigt. Die Beiträge werden in den Kategorien »Beste Idee«, »Beste Darsteller« und »Beste Kamera« von einer Jury bewertet. Die Sieger werden am 11. Oktober jeweils mit 200 Euro Preisgeld honoriert.

Schickt eure Filme an: SEHquenz e.V. für kommunale Filmarbeit, Nachwuchsfilmpreis »Piggy«, Eisenbahnstr. 5, 16225 Eberswalde, (Tel.: 03334 – 52 64 492, E-Mail: office@filmfest-eberswalde.de). Bitte gebt zu den Filmen eure vollständige Adresse, die Telefonnummer, euer Alter, den Namen aller Akteure und den Filmtitel an. Weitere Informationen zum Filmfest unter: www.filmfest-eberswalde.de.

MARTIN HOECK, Vorsitzender KJP

Lokale Agenda 21

Der Verein Lokale Agenda 21 Eberswalde lädt alle Mitglieder und Interessenten zur Jahresmitgliederversammlung am Mittwoch, dem 9.4., um 18 Uhr in die Alte Forstakademie ein. Neben dem Vorstands- und dem Finanzbericht stehen auch die Vorstandswahl sowie eine Diskussion und Beschlußfassung über die Zustiftung des Vereins zur Bürgerstiftung Barnim-Uckermark auf der Tagesordnung.

WRUCK, Vorsitzender

impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

telefax: (0 18 05) 22 10 40 973

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/>

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: Behm, Braunschweig, Hoec, Lange, Markmann, Richter, Triller (2), Wikipedia

druckerei: PS-Verlag · (0 33 34) 59 351

redaktionschluß: 29. März 2008

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck erlaubt. Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars erwünscht. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002.

Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 26.4.2008, 12 Uhr.